Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162. Donnerstag, den 14. Juli 1921. 28. Jahrgang.

Hungersnot in Rußland.

Nach zuverlässigen Meldungen, die dem Ost-Expreß aus Petersburg zugehen, ist die Lage in den Hungergegenden des Wolga- und Kamagebiets entsetzlich. Infolge der andauernden Hitze und Trockenheit zeigt der Erdboden an vielen Stellen große Risse, die Bäume sind entblättert, das Vieh ist größtenteils zu Nahrungszwecken geschlachtet worden, ganze Dörfer sind von Feuersbrünsten vernichtet, die Brunnen und Flüsse sind ausgetrocknet. Die Bevölkerung flüchtet nach allen Windrichtungen; mit Mühe ist es gelungen, einen Teil der Flüchtlinge nach Sibirien und Turkestan zu leiten. Unterwegs nähren sie sich von Gras, Baumrinde und anderen kümmerlichen Resten der Vegetation. Die Bevölkerung der Nachbargebiete bewacht die Landstraßen, um eine Besitzergreifung ihrer im Korn stehenden Felder durch die hungernden Flüchtlinge zu verhüten; hierbei ist es bereits zu Zusammenstößen gekommen. Die Petersburger „Krasnaja Gazeta" verlangt energische Maßnahmen, um der Not umgehend zu steuern, da die Lage überaus ernst sei. Die Moskauer „Iswestija" fordern, daß man die hungernde Bevölkerung vor dem Tode und die Landwirtschaft vor dem gänzlichen Untergang rette; man müsse sofort eine Million Flüchtlinge nach Turkestan, China und Buchara abschieben, wo sie bei den Bewässerungsarbeiten Verwendung finden könnten. In der Umgegend von Petersburg und Moskau sind bereits die ersten Flüchtlinge aus dem Wolgagebiet aufgetaucht.

Helsingfors, 12. Juli. Der Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees Kalenin äußerte, die Lage sei augenblicklich so kritisch, daß die Bevölkerung noch bis zur neuen Ernte aussterben könnte. Die Sowjetregierung soll einen Hilferuf nach Amerika gesandt haben.

Immer noch Terror in Oberschlesien.

Oppeln, 13. Juli.

Trotz der Versprechen der Besatzungsbehörden in Oberschlesien, gegen die Terrorakte einzuschreiten, erschienen auch im Laufe des Mittwochs auf den deutschen Abstimmungskommissariaten eine große Anzahl Leute, die die neuen Mißhandlungen zu Protokoll gaben und um Unterstützung bei der Abreise baten. Unter Hinweis auf die im Reich bestehende Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit versuchen die deutschen Abstimmungskommissariate, die Flüchtlinge von der Ausreise abzuhalten, was ihnen aber nicht immer gelingt. Ein nicht zu unterschätzender Teil gebürtiger Oberschlesier, die auch den Polen gegenüber aus ihrem Bekenntnis zum Deutschtum kein Hehl machten, sind unter Mitnahme des notdürftigen Hab und Gutes in das Reichsinnere abgewandert.

Die Meldung von dem Abruf des bisherigen Beuthener Stadtkommandanten Comte Denis trifft nicht zu. Der französische General, ein geborener Deutschenhasser, verbleibt nach wie vor in Oberschlesien und verwaltet jetzt die Kommandantur in Hindenburg.

Gegen das sozialdemokratische Mitglied des Zwölfer-Ausschusses, Genossen Cyrus, ist von der interalliierten Kommission wegen Absendung eines Briefes über die Beuthener Vorgänge an Le Rond ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Brief schilderte wahrheitsgemäß die Vorgänge bei der Erschießung des französischen Majors.

Der bisherige deutsche Abstimmungskommissar für Oberschlesien, Dr. Urbaneck, ist nach Beratung der politischen Parteien Oberschlesiens mit den zuständigen Reichsbehörden in Berlin von seinem Amte zurückgetreten. Es wird eine Verschmelzung der Abstimmungskommissariate mit dem Zwölfer-Ausschuß als Vertretung der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens geplant. An die Spitze dieser Organisation tritt der bisherige Leiter des „Schlesischen Ausschusses", Dr. Lukaschek, ein gebürtiger Oberschlesier. Nach den Erfahrungen, die man bisher über die Tätigkeit der Organisation als Vertretung deutscher Interessen gemacht hat, ist zu fordern, daß die Leitung der neu zu schaffenden Interessenvertretung paritätisch zusammengesetzt wird. Es liegt im Interesse Oberschlesiens, wenn durch diese paritätische Vertretung dann endlich mit den nationalistischen Elementen in den bisherigen Unterabteilungen der deutschen Abstimmungskommissariate, die allerdings in anderer Form weiter bestehen bleiben sollen, aufgeräumt wird.

Die englische Säuberungsaktion.

Breslau, 13. Juli.

In den Landkreisen Beuthen und Kattowitz haben die Engländer mit einer energischen Säuberungsaktion begonnen. In allen Dörfern ist die Waffenabgabe bis zum 19. Juli angeordnet. Auf den Straßen und in den umliegenden Wäldern herrscht außerordentlich reger englischer Patrouillenverkehr auf Rädern und mit Maschinengewehren bestückten Panzerautos. Wiederholt wurden diese Streifkommandos von polnischen Insurgenten angeschossen. Die Engländer haben bei Kattowitz vier Mann einer solchen Bande standrechtlich erschossen. Der Ausschank von Alkohol ist im ganzen englischen Besatzungsgebiet untersagt. Korfantys Hauptlager in Schoppinitz ist unter englischer Kontrolle angeblich in der Auflösung begriffen, nachdem ein Versuch Korfantys, mit den englischen Truppen in Beuthen und besonders dem General Henneker in Verbindung zu treten, mißglückt ist. Korfanty befindet sich zurzeit angeblich in Warschau. Sein Stab siedelte nach Sosnowice über, wohin auch Korfanty als Beauftragter der polnischen Regierung für oberschlesische Angelegenheiten zurückkehren soll.

Die Friedenstagung der Frauenliga.

Wien, 12. Juli. („Vorwärts".) In der heutigen Sitzung berichteten die einzelnen Sektionen, zunächst Frl. Heymann-München für Deutschland: Die Regierung Wirth ist ehrlich bemüht, die internationalen Beziehungen wieder anzubahnen und im Sinne des Pazifismus zu arbeiten. In einzelnen Ländern, z. B. in Bayern, ist die Propagandatätigkeit der Pazifisten stark eingeschränkt. Die Münchener Pazifisten gehören zu den bestgehaßten Leuten in Deutschland. Sie werden bekämpft, namentlich von der Studentenschaft. — Fräulein Szirmai-Budapest: Ungarn hat in den letzten Jahren soviel gelitten, daß von einer Kulturarbeit nicht viel zu berichten ist. Das ungarische Volk kennt kein Haßgefühl. Wenn es jetzt unmöglich ist, praktische Kulturarbeit zu leisten, so ist die Ursache in der Lage des Landes zu suchen. — Frau Genoni-Italien: In unserem Lande hat nur eine Minderheit den Krieg gewollt. Heute freilich steht ein großer Teil der Intellektuellen und der Presse im Lager der Nationalisten! — Fräulein Ord-England: Daß die Arbeiterpartei sich zum Internationalismus bekannt hat, dazu hat die Friedensliga das ihrige beigetragen. — Frau Kingstone-Irland: Unser Land steht unter einem Schreckensregiment, das die Friedensarbeit sehr erschwert. — Frau Donzoff-Kiew appelliert im Namen der ukrainischen Delegation, sich dafür einzusetzen, daß den Völkern das Selbstbestimmungsrecht nicht länger vorenthalten wird, das ihnen die Versailler Friedensbestimmungen genommen haben. — Frau Gobat-Schweiz verweist auf das vom Bundesrat eingebrachte Gesetz, wonach jeder Versuch, einen Wehrpflichtigen zur Verweigerung des Militärdienstes zu verleiten, als Verbrechen bestraft werden soll. Das Gesetz kommt zur Volksabstimmung und der schweizerische Zweig der Liga arbeitet gegen das Gesetz.

Berlin, 12. Juli. (WTU.) Der Reichskanzler hat an den in Wien tagenden Kongreß das nachstehende Begrüßungstelegramm gerichtet: Dem dritten Kongreß der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die sich die Schaffung einer Atmosphäre der Verständigung unter den Nationen und die Verhinderung neuer Kriege zur Aufgabe gesetzt hat, wünsche ich für die derzeitige Tagung und ihre idealen Bestrebungen von ganzem Herzen Erfolg.

Der Weg zur Einigung.

Zweite Internationale und „Zweieinhalb".

Die englische Labour Party hat, wie schon berichtet, auf ihrer Tagung in Brighton eine Entschließung angenommen, die ihren Vorstand verpflichtet, „angesichts der augenblicklichen Lage der Arbeiterbewegung in Europa Schritte zur Festigung der Stellung der Zweiten Internationale zu unternehmen, die zur Sicherung ihrer demokratischen Grundlagen gegen die Prinzipien der Diktatur geeignet sind. Es sollen an alle sozialistischen Organisationen der Welt Einladungen zu einer Konferenz geschickt werden, auf daß eine umfassende Internationale geschaffen werden kann".

Das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale ist auf seiner letzten Tagung in London diesem Beschluß beigetreten. Sodann hat sich auch die Konferenz der „Internationalen Arbeitsgemeinschaft" (2½), die vom 8. bis 11. Juli in Frankfurt a. M. tagte, mit ihm beschäftigt. Ueber Verlauf und Ergebnis der Beratung berichtet die „Freiheit":

Im Mittelpunkt der Debatten standen die Probleme des Neuaufbaues einer allumfassenden Internationale. Es wurde zu den Ergebnissen des Moskauer Kongresses der kommunistischen Internationale sowie zu den Fragen, die durch einen Brief der englischen Labour Party aufgeworfen wurden, Stellung genommen. In diesem Brief wird vorgeschlagen, eine Fühlungnahme zwischen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft und der zweiten Internationale vorzubereiten. Es wurde ein Antwortschreiben einstimmig beschlossen, worin erklärt wird, daß das Exekutivkomitee mit der Schaffung einer allumfassenden Internationale durchaus einverstanden sei. Solange aber der Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Auffassung des Klassenkampfes bestehe, fehle die Basis der internationalen proletarischen Vereinigung. Unverbindliche Zusammenkünfte zu rein informatorischen Zwecken seien dagegen durchaus notwendig, wenn eine allumfassende Internationale schließlich zustande kommen soll. Der Einladung zu einer Besprechung der Exekutive der Labour Party mit dem Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft soll Folge geleistet werden, jedoch diese soll vollständig unabhängig von dem angeregten Konferenzplan sein.

Die neue Illusion.

Nachdem Trotzki in Moskau erklärt hat, daß es einstweilen mit der Weltrevolution nichts sei, mußte eine neue Parole gefunden werden, mit der man die Massen zu packen versucht. Lenin hat diese Parole nun verkündet. Sie lautet: Kampf gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und Ausbreitung der Revolutionsidee in den Kolonien der westlichen Mächte.

Der Kampf gegen die Gewerkschafts-Internationale kann Moskau wohl eine neue traurige Berühmtheit verschaffen, aber in Moskau gibt man sich wohl selbst nicht der Hoffnung hin, mit diesem Kampf der Moskauer Gewerkschafts-Internationale auf die Beine zu helfen. Realpolitisch betrachtet ist der Kampf der Moskauer gegen Scheidemann, Dißmann und Levi nichts anderes als Mumpitz. Unbequemlichkeiten, Gehässigkeiten, Schädigung der Arbeiterbewegung — das kann dabei herauskommen. Aber von einem Niederwerfen der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale kann wirklich keine Rede sein. Ueber den ersten Teil der neuen Parole Lenins kann man ruhig zur Tagesordnung übergehen.

Was ist nun mit der Hoffnung, den Westmächten in den Kolonien das Wasser abzugraben? Wie steht es mit der Möglichkeit, England in Asien zu packen?

Der neue rote Imperialismus Trotzkis hat die sozialdemokratische Republik Georgien zertreten, um Kemal Pascha in der Türkei die Hand zu reichen und in Klein-Asien England zu bedrängen. Kommt in der Diskussion die Rede auf Georgien, dann sagen unsere Kommunisten: Was liegt an der Selbständigkeit dieses kleinen Ländchens? Die Hauptsache ist, daß die Revolution vorwärts schreitet. Die Kommunisten berufen sich dabei auf Karl Marx, der immer, wenn er nach Bundesgenossen Ausschau gehalten, nur solche Bundesgenossen sich ausgesucht habe, die die revolutionäre Bewegung förderten.

Wir haben also die Frage, ob das Bündnis Moskaus mit Angora für den Fortschritt der Revolution etwas bedeutet. Die Antwort ist leicht. Kemal Pascha macht gewiß den Engländern in Klein-Asien viel Verdruß. Aber nur eine ganz naive Seele kann glauben, daß ein Erfolg Kemal Paschas für England revolutionäre Folgen haben werde. Der Kampf Angoras kann auch im günstigsten Fall keineswegs die Herrschaft der Engländer im Orient erschüttern. Die Spekulation auf den Heiligen Krieg und auf die Fernwirkung türkischer Erfolge nach Indien und Aegypten ist heute ebenso albern, wie sie zu Zeiten der Alldeutschen während des Weltkrieges war. Englands Herrschaft in Indien kann nur dann wirklich in Gefahr kommen, wenn zugleich in Ostasien die Japaner gegen England mobilisieren und die raffiniert ausgebaute japanische Propaganda in Ostasien bis nach Indien herüber gegen England den Aufruhr predigt. Einstweilen ist davon nichts zu merken. Im Gegenteil. Es sieht so aus, als ob England den japanisch-amerikanischen Gegensatz zur Festigung seiner weltpolitischen Stellung kräftig ausnützt.

Dann aber eine zweite Frage: Wenn Kemal Pascha wirklich Erfolg hat und die Türkei ihre Selbständigkeit zurückerobert — wird diese neue Türkei das zertretene Georgien als revolutionären Vorkämpfer ersetzen können? Es klingt ja sehr hübsch, zu hören, Kemal Pascha sei ein gewesener Sozialdemokrat. Die Berührung mit Moskau mag ja etwas abgefärbt haben. Aber was für ein Köhlerglaube gehört dazu, von Enver Bey und den anderen Schlächtern des Weltkrieges etwas für den sozialen Befreiungskampf zu erwarten.

Moskau will den Hebel an den Fuß der englischen Herrschaftspyramide ansetzen. Rußland glaubt, der Fuß der Pyramide liege in Klein-Asien. Ist das nicht vielleicht eine Täuschung? Liegt die Kolonie, die den Fuß der Pyramide bildet, vielleicht in Europa? Wird nicht der Kampf um die Existenz Deutschlands dem Kapitalismus des Versailler Friedens und auch dem englischen Kapitalismus gefährlicher werden? Die englischen Arbeiter sind sich darüber klar, daß ihr Lebensstandard vom Lebensstandard des deutschen Proletariers abhängt und nicht von dem des türkischen Bauern.

Die Moskauer, die keine Umwege lieben, haben mit dem Marsch über Angora einen recht großen Umweg angetreten. Nicht der Aufruhr in den Kolonien bringt die Revolution nach England. Wohl aber bringt der Sturz des Versailler Friedens die Nutznießer dieses Friedens in England ins Gedränge und die englische Arbeiterschaft zur Führung der englischen Politik. Ergreifen aber die englischen Arbeiter die Zügel der Regierung eines Tages, dann ist das die Revolution in England, ohne die nach dem Wort von Karl Marx alle Revolutionen in Europa nur ein Sturm im Wasserglase bedeuten.

Die Abrüstungskonferenz.

Reuter meldet aus Washington: Es verlautet, daß von allen Mächten günstige Antworten angekommen seien, an die die Vereinigten Staaten den Vorschlag betreffs der Abrüstungskonferenz richteten.

Beide Parteien des Kongresses begrüßten den Vorschlag des Präsidenten einstimmig. Senator Lodge billigte das Vorgehen des Präsidenten, sagte aber, daß wahrscheinlich nur über Einschränkungen der Seerüstungen diskutiert würde. Senator Borah lehnte ab, sich irgendwie zu äußern, es verlautet, daß er einen Fehlschlag befürchte, weil die Diskussion entgegen seinem Vorschlag nicht auf Abrüstung zur See und nicht mehr auf England, Japan und Amerika beschränkt bleiben soll. Wie „Evenings Standard" versichert, bestehe kein Grund zur Annahme, daß Deutschland und Rußland auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein werden.

Einer Exchangemeldung aus Washington zufolge beabsichtige Harding, der Abrüstungskonferenz, falls sie in Washington abgehalten wird, persönlich beizuwohnen, sich dann aber zurückzuziehen, um die Vertretung der Vereinigten Staaten dem Staatssekretär Hughes zu überlassen, dem wahrscheinlich Senator Root zur Seite stehen wird. Nach Auffassung der Regierung sei eine Einschränkung der Seerüstungen zwecklos, wenn nicht das Problem der Rüstungen mit den andern damit zusammenhängenden Fragen gleichzeitig gelöst werde.

Der „New York Herald" meldet aus Washington: Das Staatsdepartement setzte, offenbar in der Absicht, den Senatoren Borah, Johnson und einigen anderen zu antworten, die den Konferenzplan kritisierten, die Gründe, die zur Einberufung der Entwaffnungskonferenz führten, an welcher Frankreich, Italien, England und Japan teilnehmen, auseinander. Borah und Johnson hätten behauptet, daß die Teilnahme Frankreichs schon im voraus die Gewißheit gebe, daß die Konferenz kein Ergebnis haben werde, weil Frankreich sich schon geweigert, wegen der Bedingungen des Friedens eine Reduktion seines Heeres ins Auge zu fassen. Sie hätten ferner behauptet, daß die Konferenz mit England und Japan über die maritimen Angelegenheiten ein sicheres Ergebnis zeitigen würde. Das Staatsdepartement erklärt, daß man sich entschloß, alle Fragen der Entwaffnung zwischen den fünf Nationen zu studieren, und daß das Ziel der Konferenz genügend weit gesteckt werde, damit jede Frage in Betracht gezogen werden könne. Wenn einige Nationen sich weigerten, ihre Heere herabzusetzen, dann würden sie eine Diskussion über die Seerüstungen nicht verhindern. Das Staatsdepartement erklärt außerdem, wenn das Ziel der Konferenz eingeschränkt würde, würde es unmöglich sein, irgend etwas außerhalb dieser Ziele in der Konferenz zu diskutieren. Nach einem Vorschlag Hardings könnte die große Anzahl von Gegenständen diskutiert werden, einschließlich der Einschränkungen der Rüstungen in der Luft, des Gebrauchs von Giftgasen. Wenn einige Staaten sich weigern würden, über diese Abrüstungsfragen zu diskutieren, dann habe die Konferenz ein begrenztes Arbeitsfeld. Aber man glaube, daß es besser sei, wenn die Konferenz selbst Herr ihres Programms bleibe. Den wichtigen Faktor der Diskussion würden die Probleme des fernen Ostens bilden. In dieser Frage sei das Interesse Frankreichs, Italiens und der orientalischen Staaten gleich. Gegen Amerika könne übrigens auch die englisch-japanische Handelsallianz gerichtet sein. Die Anwesenheit Frankreichs und Italiens gebe also den Vereinigten Staaten zwei nicht zu unterschätzende Verbündete. Das Staatsdepartement hebt hervor, daß die Konferenz, nur wenn Einigkeit herrsche, zu einem endgültigen Ergebnis kommen könne.

Die Leipziger Kriegsverbrecher-Urteile.

Schiffer gegen Briand.

Reichsjustizminister Schiffer hielt vormittags im Demokratischen Klub eine Rede, worin er u. a. ausführte: Die Reden des französischen Ministerpräsidenten enthielten in letzter Zeit in ganz auffallender Weise gehäufte **Unfreundlichkeiten und Angriffe gegen Deutschland.** Dadurch wurde mindestens der Eindruck erweckt, als ob immer aufs neue Haß und Leidenschaft der Kriegszeit wieder aufgerührt werden sollen, um eine Grundlage für die Fortsetzung einer Politik der Gewalt gegen Deutschland zu schaffen. Nachdem das Ultimatum nicht nur angenommen, sondern in wesentlichen Teilen schon erfüllt ist, ist es wirklich nicht zu verstehen, was die ständig wiederkehrenden Angriffe auf die deutsche Regierung bedeuten sollten, deren fester Wille zur Erfüllung der schweren Bedingungen des Ultimatums selbst von französischer Seite nicht mehr bezweifelt wird.

Allen diesen Angriffen gegenüber legte sich die deutsche Regierung bisher die größte Reserve auf, jetzt aber überschritt Briand die Grenzen, die unserer Zurückhaltung durch unsere Selbstachtung gezogen sind. Auf die Beleidigung, die er der deutschen Rechtspflege zufügte, kann ich als Chef der Reichsjustizverwaltung nicht schweigen. Ich darf um so eher reden, als mir ein Einfluß auf Ausübung des Richteramts nicht zusteht, ich also nicht etwa für mich selbst spreche, wenn ich für bezeichnete Träger dieses Amtes eintrete. Nach Zeitungsnachrichten bezeichnete Briand die Leipziger Prozesse als **Skandal, als eine Parodie der Gerechtigkeit, Theaterstück und Komödie.** Wenn die Nachrichten zutreffen, stehe ich nicht an, ihm zu sagen, daß er in nicht zu verantwortender Weise mit der Ehre seiner Mitmenschen umgegangen, und die Ehre des Richters ist seine Unparteilichkeit. Briand spricht sie dem höchsten deutschen Gerichtshofe ab, wenn er behauptet, daß er ein Theaterstück aufführt, also ein abgekartetes Spiel trieb. Eine Verdächtigung, die ohne den Schein des Beweises in die Welt geschleudert worden ist. Oder genügt Briand schon die Tatsache, daß die Urteile des Gerichtshofes nicht so ausfallen, wie die leidenschaftlich erregte, propagandistisch aufgepeitschte Stimmung in Frankreich erhoffte? Glaubt er, daß das Reichsgericht die Angeklagten lediglich einer Anklage entsprechend zu verurteilen hatte? Wenn es so gewesen wäre, dann wäre allerdings ein Verfahren vor dem Reichsgericht wirklich ein Theaterstück und eine Komödie gewesen, wozu sich ein deutscher Gerichtshof niemals hergegeben hätte.

Aber auch der Artikel 228 des Friedensvertrages setzt eine Bestrafung nur für den Fall fest, daß der Angeklagte auch wirklich schuldig befunden wird. Briand mag enttäuscht gewesen sein, daß die Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht nicht überall das Ergebnis der Ermittlungen bestätigte, die zur Erhebung der Beschuldigung führten. Indes weiß jeder Jurist, wie oft dies der Fall ist; auch Nichtjuristen werden begreifen, daß es hier um so leichter der Fall sein kann, als es sich um Vorgänge handelt, die viele Jahre zurückliegen und sich unter Umständen abspielten, wie sie einer objektiven Wahrnehmung und Wiedergabe sicherlich nicht günstig waren.

Darüber aber, daß das Verfahren selbst gründlich und gewissenhaft, unter genauester Beobachtung und strenger Unparteilichkeit geführt wurde, liegen genügend zahlreiche und gewichtige Aeußerungen Unvoreingenommener, auch nichtdeutscher Teilnehmer, vor. Briand mag die gefällten Urteile als irrig angreifen. Es bleibt ihm unbenommen, da alle Menschen irren können, wenngleich man von ihm verlangen und erwarten kann, daß er im einzelnen angibt, in welchen Punkten die getroffenen Entscheidungen irrig sein sollen. Aber denen, die sie erließen, das ehrliche Streben nach Gerechtigkeit abzusprechen, dazu hat er kein Recht. Die Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und strenge Sachlichkeit der deutschen Rechtsprechung, insbesondere die des höchsten Gerichtshofes, ein Ergebnis der jahrhundertelangen Rechtsentwicklung, ist in der Welt anerkannt. Ihr wohlerworbener Ruf wird durch die Anzweiflung des französischen Ministerpräsidenten nicht erschüttert. Wenn sie sich hier im Widerspruch zu der öffentlichen Meinung Frankreichs befindet, möge Briand sich erinnern, wie oft die öffentliche Meinung seines Landes sich im Widerspruch zu der eigenen Justiz befand.

Die Leipziger Prozesse sind Tragödien insofern, als Deutschland allein seine Kriegsverbrecher zur Verantwortung zieht und sich nicht einmal auf die in den Listen aufgeführten Personen beschränkt, sondern, seinen Gesetzen gehorsam, jeden begründeten Verdacht von sich aus verfolgt. Weigert sich Briand, diejenigen seiner Landsleute unter Anklage zu stellen, die ihm als des Kriegsverbrechens verdächtig bezeichnet werden, so möge er wenigstens verzichten, durch seine Aeußerungen den Völkerhaß noch zu vermehren, der durch eine prozessuale Aufwühlung der traurigen und schreckensvollen Vergangenheit ohnedies stets aufs neue geschürt wird.

Nichtanrechnung deutscher Schiffe.

Paris, 13. Juli.

Die Reparationskommission hat entschieden, daß Peru über die von ihm beschlagnahmten deutschen Schiffe selbst verfügen könne und sie Deutschland nicht auf Wiedergutmachungskonto angerechnet werden.

Da die Beschlagnahme in Peru unter den gleichen Umständen wie in Nordamerika erfolgt ist — wenn auch Peru die Pariser Bestimmungen ratifiziert hat und USA nicht —, so ist zu erwarten, daß auch die 600 000 Tonnen deutscher Schiffe, die in Nordamerika beschlagnahmt worden sind, Deutschland nicht auf das Reparationskonto angerechnet werden.

Durch diese Entscheidung wird auch den Hoffnungen auf Verteilung der Beute unter die Alliierten ein Ende bereitet.

Die Wiederaufbauverhandlungen in Paris

TU. Paris, 14. Juli. Gestern vormittag fand im Ministerium des Aeußern unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur eine Sitzung der Sachverständigen statt, die als Vorbereitung zum Abschluß zu bezeichnen ist. Fast alle Punkte wurden noch einmal kurz besprochen und es ergab sich bis auf einige Sonderfragen, die nun noch erledigt werden müssen, Einstimmigkeit. Am Freitag werden Bergmann und Guggenheimer nach Berlin reisen, um der Regierung Bericht zu erstatten. Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß der endgültige Abschluß vielleicht in Wiesbaden bei einer Zusammenkunft Loucheurs und Rathenaus erfolgen soll.

Die Danziger Verfassung gültig.

TU. Danzig, 14. Juli. (B.T.) Senatspräsident Ahm hat im „Volksblatt" die Erklärung abgegeben, daß ihm in Genf bei der letzten Beratung des Völkerbundes ausdrücklich versichert worden ist, daß der Völkerbund selbst die ganze Verfassung als völlig in Kraft befindlich betrachte und damit auch den Senat als bevölkerungsmächtige Regierungsgewalt anerkennt. Ein Schreiben des Oberkommissars Haking bestätigt diese Mitteilung des Senatspräsidenten. Der kommunistische Antrag auf Auflösung des Volkstages wurde im Volkstage abgelehnt. Der Volkstag ist bis Ende August in die Ferien gegangen.

Wenn es nur Gold bringt.

NZ. Berlin, 18. Juli.

Wie wir erfahren, haben einige besonders findige Köpfe der Reichsregierung vorgeschlagen, sie möchte, um die Ebbe der Reichskassen etwas zu heben, das Glücksspiel im allgemeinen konzessionieren. Es sind durchaus nicht einflußreiche Kreise, die diese Auffassung unterstützen. Sie gehen dabei davon aus, daß gegenwärtig in Deutschland das Glücksspiel in allen Arten in einer Weise betrieben wird, von der man sich kaum eine Vorstellung machen kann. Die Umsätze gehen in die Milliarden, und man ist der Meinung, daß, da das Spielen selber doch nicht verhindert werden könne, dann wenigstens der Staat auch einen Gewinn davon haben sollte. Wir können dazu mitteilen, daß diese Frage auch im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats bei der Beratung des Rennwettgesetzes aufgetaucht ist. Der Reparationsausschuß hat es indessen abgelehnt, der Regierung allgemein die Konzessionierung von Glücksspielen vorzuschlagen. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß im § 3 des von der Regierung vorgelegten Entwurfes eines Rennwettgesetzes eine Bestimmung enthalten ist, die es der Regierung ermöglicht, gewisse Arten von Spielen oder Wetten zu konzessionieren. Es heißt in diesem Paragraph nämlich, daß der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrats bestimmen könne, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen Totalisator-Unternehmungen zugelassen werden dürfen. Dem Reparations-Ausschuß des Reichswirtschaftsrats ist schon diese Auffassung des Gesetzentwurfes zu weit gegangen, und er hat vorgeschlagen, daß außer bei Pferderennen, Totalisator-Unternehmungen nur zugelassen werden dürfen, wenn ein überwiegendes, öffentliches Interesse vorliegt.

Schwere Niederlage der VKPD.-Zentrale.

In Hanau, wo die VKPD. eine ihrer ältesten und relativ stärksten Ortsgruppen besitzt, hat die Politik der allgewaltigen Zentralleitung eine schwere Niederlage erlitten. In drei Mitgliederversammlungen am 9., 14. und 22. Juni beschäftigte sich die Ortsgruppe mit der politischen Lage und der Märzaktion. Obwohl die Zentrale sich durch zwei ihrer zuverlässigsten Stützen, die Landtagsabgeordneten Pieck und Eberlein vertreten ließ, wurde doch mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, in der die Märzaktion und die Politik der Zentrale schärfstens verurteilt, sowie die Wiederaufnahme Paul Levis in die VKPD. verlangt wird. Sie lautet:

Die am 22. Juni 1921 stattfindende Mitgliederversammlung der VKPD., Ortsgruppe Hanau, betrachtet die Märzaktion, welche von der Zentrale eingeleitet und durchgeführt wurde, **als eine schwere Schädigung der Partei und der Revolution.** Die Partei hat durch die Märzaktion das **Vertrauen und die Sympathie großer Proletariermassen verloren,** welche sie vor der Aktion in mühevoller, revolutionärer und agitatorischer Arbeit, durch die Leitung der alten Zentrale gewonnen hatte. Die Mitglieder der VKPD. Hanaus sehen keinen anderen Ausweg, um das Vertrauen der großen Proletariermassen zurückzuerobern, **als daß die Zentrale im Interesse der Revolution abzutreten hat,** und an ihre Stelle wieder diejenigen Genossen treten, die vorher die Partei im Sinne des marxistischen Kommunismus geleitet haben. Im Interesse der proletarischen Revolution fordern die Mitglieder der Ortsgruppe Hanau die Zentrale auf, **ihre gemachten großen Fehler einzugestehen und die Konsequenzen zu ziehen.** Ferner beantragen die Mitglieder der Ortsgruppe Hanau, **den Genossen Levi sofort wieder in die Partei aufzunehmen,** da die Herausgabe der Broschüre nicht ein Disziplinbruch, sondern im Interesse der Wiedergesundung der Partei und damit der Fortführung der deutschen und Weltrevolution bis zum siegreichen Ende eine unbedingte Notwendigkeit war. Gleichzeitig erheben die Mitglieder der Ortsgruppe Hanau die Resolution, welche vom Unterbezirk Hanau, Gelnhausen, Orb, Unterfranken zum Bezirksparteitag am 24. April 1921 angenommen wurde, erneut zum Beschluß.

Der Sieg dieser Resolution versetzt die Zentrale der VKPD. in die schwierigste Lage. Wie der Schlußsatz ergibt, steht nicht nur der Ort, sondern der ganze Bezirk Hanau auf dem Standpunkt der Richtung Levi. Mit der bisher beliebten Methode des Hinauswurfs und der Einschüchterung wird daher die Zentrale der VKPD. dieser Protestbewegung kaum beikommen können.

K. P. D. und Einigung.

Die „Rote Fahne" ist natürlich überzeugt, daß die Einigung des Proletariats nur auf dem bewährten Boden kommunistischer Grundsätze vor sich gehen kann. Sie stellt verschiedene Stimmen zusammen, in denen die Größe der reaktionären Gefahr geschildert wird, und fährt dann triumphierend fort:

Was ergibt sich daraus für jeden klassenbewußten Arbeiter, wenn er sich erst soweit in der Beurteilung der Lage durchgerun

Robert Schweichel.

Am 12 Juli waren 100 Jahre seit der Geburt Schweichels verflossen. Er ist erst seit vierzehn Jahren tot, der alte Schweichel, der bürgerliche Revolutionär von 1848, der später mit Liebknecht und Bebel an der Wiege der Sozialdemokratie stand und dann ein ganzes Menschenalter lang als fruchtbarer, von der Arbeiterschaft geliebter und gelesener, von der bürgerlichen Kritik und Literaturhistorik nach Kräften totgeschwiegener Romanschriftsteller tätig war.

Von Geburt Ostpreuße, von Abstammung Salzburger, vereinigte sich in seinem Charakter der geistesstarke, konsequente Radikalismus der Landsleute Kants mit dem überzeugungstreuen Opfermut jener österreichischen Emigranten, die einst die lieblichen Gebirgstäler ihres Heimatlandes gegen die unwirtlichen, durch die Pest verödeten Fluren Litauens eingetauscht hatten, weil man ihnen die Freiheit ihres Glaubens nehmen wollte. So opferte auch der junge Robert Schweichel die glänzende Beamtenkarriere, die ihm seine ungewöhnlichen Fähigkeiten und ein mit Auszeichnung bestandenes Referendarexamen erschlossen, ohne Zögern der dornenreichen Laufbahn des politischen Schriftstellers und Agitators. Die auf den kurzen Frühlingstraum von 1848 folgende reaktionäre Schreckensherrschaft jagte ihn von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, führte ihn aus den Kreisen des bürgerlichen Radikalismus den Kriegsschauplätzen des revolutionären Proletariats zu und machte ihn bald zum Zeit- und Kampfgenossen Liebknechts und Bebels. Mit Liebknecht redigierte er in Leipzig das „Demokratische Wochenblatt", aus dem später der „Volksstaat" wurde, und auf den grundlegenden Arbeiterkongressen Ende der sechziger Jahre war es mit in erster Linie Robert Schweichel, dessen klare und kluge Referate das deutsche Proletariat aus dem laumarmen Kielwasser des bürgerlichen Liberalismus in die Bahn einer selbständigen, klassen- und zielbewußten sozialistischen Politik hinüberlenkten.

Und den Idealen seiner Jugend ist er zeitlebens treu geblieben. Als er in reiferen Jahren in den friedlichen Hafen der Belletristik einlief und Redakteur der „Deutschen Romanzeitung" in Berlin wurde, bewahrte er sich nicht nur die Liebe zum arbeitenden Volke, die in seinen zahlreichen Romanen und Novellen zum Ausdruck kam, sondern er wirkte nach wie vor tatkräftig mit an der Ertüchtigung und Befreiung des Proletariats. Die Jugend vor allem war es, an die der Veteran mit kräftigem Wort sich wandte, und die er auf den Pfad der Wissenschaft wies.

Der Boden, den der Kämpfer in frühen Jahren furchtlos und mühevoll ackern half, hat ausendfältige Frucht getragen, und die Keime, die der Dichter später in die Herzen säte, sind lebendig geblieben. Und so soll auch sein Gedächtnis im deutschen Proletariat lebendig, sein Lebenswerk für uns alle vorbildlich und fruchtbar bleiben.

Einige Lesefrüchte aus Robert Schweichels Werken.

Den Fluch, daß der Mensch im Schweiße seines Angesichts sein Brot essen soll, hat ein orientalisches Volk ersonnen. Der Nordländer inmitten seiner kargen Natur konnte nicht darauf verfallen.
(Italienische Blätter.)

Wenn das Schwert die Welt regiert und die Gewalt mit Ländern und Völkern Schacher treibt, wie soll da die Achtung vor Gesetz und Recht gedeihen?

Kaiser Karl V. konte nicht zwei Uhren richtig gehend machen, wem sollte es mit den Geistern gelingen? Und wo ist dann die Garantie, daß die Kirchenuhren die Zeit richtig angeben?

Rebell wird der arme Mann gescholten, wenn er in seiner Verzweiflung zur Wehr greift, weil sein Geschrei nach Gerechtigkeit überall und allerwärts taube Ohren findet.
(Um die Freiheit.)

Das Reich kümmert unsere Ritter, Grafen, Fürsten keinen roten Heller. Wo für sie kein Vorteil herauslugt, rühren sie keinen Finger, noch rücken sie den Daumen von ihrem Säckel.

Aber die Feder verbreitet die Wahrheit, und an der Wahrheit blutet sich die Lüge zu Tode.

Eine Kirche hat Jesus von Nazareth nicht gekannt. Die Kirche hat wieder zerstört, was er aufbaut hat. Der Sohn Gottes hatte nicht, wo er sein Haupt legen konnte; aber die Kirche hat sich der Güter dieser Erde bemächtigt und dem Volke nichts gelassen, als den Himmel droben.

Völker wie Kinder durch Schläge zu stillen, statt ihren Bedürfnissen abzuhelfen, ist den „väterlichen" Regierungen von jeher als der höchste Gipfel der Weisheit erschienen.

Die Schulen, das wissen sie alle, erziehen die Menschen nicht zur Freiheit, sondern zur Knechtschaft. Sie nagen die Wurzeln der jungen Menschenpflanze an, so daß sie verkrüppelt. Wir alle haben es mehr oder weniger an uns selbst erfahren, wie außerordentlich schwer es hinterher ist, die Lähmung abzuschütteln, in welche der Geist durch die Schule versetzt ist, welche Anstrengungen es kostet, um aus den Banden des Autoritätenglaubens zu selbständiger Prüfung und selbständigen Denken zu gelangen. Denn die Grundlage der Freiheit ist das Denken und das ist's, was die Schulen systematisch nicht lehren.
(Aus einer Rede für die Frauen.)

Die Menschen sind so erbärmliche Hundsfötter, daß sie für Geld zu allem fähig sind.
(Heimatlos.)

gen hat? **Wir sind von einem Regime, wie es heute in Horthy-Ungarn besteht, bedroht.** Der erste Erlaß der Kapp-Regierung war die Androhung der Niederschießung jedes streikenden Arbeiters. **Der Sieg der Gegenrevolution bedeutet Tod für Millionen Arbeiter, bedeutet einen bisher in Deutschland noch nicht erlebten weißen Terror.** Angesichts dieser Lage ist die erste und wichtigste Aufgabe der Arbeiter **Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats.** Jetzt gibt es kein Ausweichen mehr, der offenen drohenden Diktatur der Gegenrevolution gegenüber heißt es die offene Diktatur des Proletariats vorbereiten. Das ist für jeden klassenbewußten Arbeiter klar.

Da sieht man und staunt. Bis jetzt hatten wir aus der „Roten Fahne" als gläubige Leser die Ueberzeugung gewonnen, daß die Ebert-Republik der Schinderknecht der Bourgeoisie sei, daß der weiße Terror nirgend schonungsloser wüte, als wo Sozialverräter Minister sind, daß es überhaupt gar nicht schlimmer kommen könne, als es ohnehin schon ist. Und nun auf einmal dieser markerschütternde Angstschrei, diese bebende Warnung vor Zuständen, die noch nicht sind, aber kommen könnten!

Das Rezept der „Roten Fahne", das Kommen dieser Zustände zu verhindern, erschöpft sich in dem Papageienschrei „Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung des Proletariats". Wie man das macht, wird nicht verraten. Bis jetzt hat die Taktik der Kommunisten noch immer dazu geführt, das Proletariat immer weiter zu entwaffnen, die Bourgeoisie immer schwerer zu bewaffnen. Fortschreiten auf diesem Wege, heißt gewaltsam die Zustände herbeiführen, die die „Rote Fahne" in den schwärzesten Farben malt.

Und die „offene Diktatur des Proletariats"! Wird darunter, wie es nicht anders sein kann, die Diktatur der löblichen KPD.-Zentrale über das Proletariat und über ganz Deutschland verstanden, so mögen sich selbst die Leviten bei diesem Gedanken bekreuzen. „Diktatur des Proletariats" im Sinne der „Roten Fahne", das heißt nichts anderes, als daß ein paar Kindsköpfe gewaltsam die Macht an sich reißen und solange Unfug treiben, bis sie unter allgemeinem Jubel der Bevölkerung wieder davongejagt werden. Vergißt denn die „Rote Fahne", daß „Horthy-Ungarn" natürliches Produkt der Budapester Rätediktatur ist? Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Der 2. U-Boot-Prozeß in Leipzig.

Leipzig, 13. Juli.

Der zweite Tag begann mit der Vernehmung der deutschen Zeugen.

Kanallotse Walter Popitz aus Brunsbüttelkoog, der Steuermann auf U 86 war, gibt an, daß das Unterseeboot die „Llandovery Castle" längere Zeit verfolgt und als Hospitalschiff erkannt hatte. Die Möglichkeit, das Schiff anzuhalten und zu durchsuchen, bestand für U 86 nicht. Hospitalschiffe wurden, sagt der Zeuge, zu einer Gefahr für Unterseeboote, doch gibt Popitz zu, bis dahin keinen Fall kennengelernt zu haben, daß Hospitalschiffe sich als U-Boot-Fallen betätigten. Hinsichtlich des Inhalts der „Llandovery Castle" war der Kommandant des U-Bootes auf allgemeine Vermutungen angewiesen. Der Zeuge und der Angeklagte Dithmar rieten dem Kommandanten Patzig an, das Schiff nicht zu torpedieren. Patzig zögerte zunächst auch längere Zeit, entschloß sich dann aber doch zur Torpedierung. Nur einer der beiden abgegebenen Schüsse traf Mittschiffs. Eine Explosion hat der Zeuge gehört. Nachträglich wollte Kapitänleutnant Patzig feststellen, ob seine Vermutung, daß das Lazarettschiff mißbraucht werde, sich bestätige. Bei dieser Untersuchung Menschenleben zu retten, war nach Ansicht des Zeugen nicht möglich, schon wegen des beschränkten Raumes im U-Boot. In einer Entfernung von etwa 500 bis 600 Metern vom Hospitalschiff schwammen eine Anzahl Menschen, die wahrscheinlich ihre Rettungsboote verloren hatten. Dann erschienen auch Boote und Flöße. Daß ein Boot an der Aufnahme von Schiffsbrüchigen verhindert worden ist, hat der Zeuge nicht beobachtet. Der Kommandant des U-Bootes hatte angenommen, daß sich auf dem Hospitalschiff amerikanische Fliegeroffiziere befunden hätten. Der an Bord des U-Bootes genommene Kommandant der „Llandovery Castle" versicherte aber, daß sich an Bord des Schiffes nichts Unerlaubtes befunden habe. 2 oder 3 Rettungsboote wurden untersucht, wobei versehentlich das erste Boot noch einmal angerufen wurde. Als von dem U-Boot Schüsse fielen, wurde dem Zeugen gesagt, die Leute sollten unten bleiben. Der Zeuge befand sich während der ganzen Schießerei im unteren Schiffsraum. Auf Veranlassung des Kommandanten sollte über die Versenkung nicht gesprochen werden. Kapitänleutnant Patzig habe erklärt, er nehme die Sache auf sein Gewissen. Patzig war nach Ansicht des Zeugen ein sehr tüchtiger Soldat; von den beiden Angeklagten hat der Zeuge Popitz die beste Meinung.

Auf weitere Fragen gibt der Zeuge an, daß Oberleutnant Dithmar das Geschützfeuer zu leiten gehabt hat. Nachdem der Zeuge in die Unterräume des Schiffes gegangen war, habe es eine halbe Stunde gedauert, ehe die Schüsse fielen.

Der Oberreichsanwalt fragt den Zeugen: Was haben Sie sich gedacht, als geschossen wurde?

Zeuge: Ich habe vermutet, daß man auf die Boote schoß, weil ich doch keine andere Erklärung finden konnte.

Rechtsanwalt Hahnemann fragt, ob der Zeuge wisse, daß das U-Boot schneller gefahren sei.

Der Zeuge kann dies nicht bestätigen. Auf weiteres Befragen des Verteidigers gibt er an, daß nur der Kommandant Patzig das Boot gefahren habe, während die Wachoffiziere mit der Untersuchung zu tun hatten.

Nach Bekundung des Sachverständigen, Korvettenkapitäns Saalwächter, hatte der Erste Artillerieoffizier bei der Beschießung die Leitung im vorliegenden Falle also Oberleutnant Dithmar.

Weiter äußert sich der Sachverständige über den Mißbrauch der von englischer Seite mit Lazarettschiffen getrieben worden ist. Infolgedessen seien die U-Boot-Kommandanten beauftragt worden, hin und wieder einmal ein Lazarettschiff der Kontrolle wegen anzuhalten. Der Glaube an den Mißbrauch der Lazarettschiffe von englischer Seite sei durch die große Zahl von Lazarettschiffen wachgerufen worden, die dem U-Boot begegneten. Tatsache sei allerdings, daß die „Landovery Castle" sich in einem Gebiete befand, in dem sie nicht hätte versenkt werden dürfen. Nach seiner Annahme hat der Kommandant Patzig jedenfalls einen Beweis für den Mißbrauch von Lazarettschiffen schaffen wollen, und das Schiff deshalb auf gut Glück torpediert, um dann vor dem Untergange die Ladung noch festzustellen. Das Heranfahren an das Schiff sei nicht ratsam gewesen, da die Engländer solche Schiffe auch als U-Boot-Fallen verwendet haben. Nachdem Patzig seine Täuschung erkannt hatte, habe er die ganze Angelegenheit sehr wahrscheinlich nur deshalb verschwiegen, um der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, damit sie mit reinem Gewissen Versenkungen von deutscher Seite bestreiten könnte. Es sei jedenfalls verkehrt, wenn man das Motiv des Verschweigens in der Angst des U-Boot-Kommandanten vor Bestrafung suchen wollte. Es sei auch ganz unwahrscheinlich, daß Patzig auf die Versenkung der Rettungsboote ausgegangen sei, um die Sache zu vertuschen, denn bei vernünftiger Ueberlegung habe er sich sagen müssen, daß das eine oder andere Boot doch entkommen werde.

Der Zugleutnant Bruhn aus Hamburg bestätigt die Gefährlichkeit der U-Boot-Fallen. Die dafür bestimmt gewesenen Schiffe fuhren zumeist als harmlose Segler, die sich auf den Anruf der U-Boote gefangen geben wollten, und das Absetzen der Schiffsmannschaft markierten, die auf der anderen Seite aber das Schiff wieder bestieg. Wenn ein U-Boot herangekommen war, wurde es plötzlich aus verdeckten Geschützen beschossen oder überrannt. Einen Beweis dafür liefern die von der Verteidigung geladenen Zeugen Kapitänleutnant Crompton aus Wellen (Mosel) und Zollbetriebsassistent Godau. Beide sind auf dem U-Boot 41 gewesen, das einer U-Boot-Falle zum Opfer fiel. Das Geschehnis ist seinerzeit unter dem Namen des zweiten Baralongfalles bekanntgeworden. Das englische Schiff war mit verdeckter Firma und unter amerikanischer Flagge gefahren. Nachdem das U-Boot versenkt war, haben die Engländer die im Wasser schwimmende Mannschaft zu vernichten versucht. Sie haben gejohlt und gelacht, als die im Wasser schwimmenden U-Boot-Leute um Rettung riefen, und sich für englische Gefangene erklärten.

Hierauf wird die Verhandlung wegen vorgerückter Tageszeit auf morgen vertagt.

Die Erfassung der Goldwerte.

Von Hugo Heimann.

Es ist die selbstverständliche Forderung aller Sozialisten nicht nur, sondern aller irgendwie sozial gesonnenen Menschen, die ungeheuren Lasten der Kriegsentschädigung den tragfähigsten Schultern aufzubürden und den Verbrauch der Massen möglichst wenig oder gar nicht zu belasten. So selbstverständlich dieser Grundsatz ist und so viel gewonnen wäre, wenn er allerseits eine ehrliche und tatkräftige Anerkennung fände, so ist aber doch mit der bloßen Aufstellung dieses Grundsatzes die eigentliche Arbeit noch keineswegs getan, ja nicht einmal begonnen. Nichts ist schwieriger als Steuergrundsätze, sie mögen sozial noch so gerechtfertigt sein, in die Praxis zu übersetzen. Die Erfahrungen mit den Besitzbesteuerungen der letzten Jahre lehren es zur Genüge. Darum kann gar nicht oft und sorgfältig genug geprüft werden, ob irgendwelche etwa vorgeschlagenen Maßregeln durchführbar sind und ob sie, wenn durchgeführt, tatsächlich so wirken, wie ihre Urheber es erwarten.

Die Besitzbelastung denkt man sich zunächst stets in der Form der direkten Steuern. Dabei ist aber sofort die Frage zu stellen, ob die Steuer tatsächlich einkommt und ob, wenn dies der Fall ist, sie letzten Endes nicht doch sich in eine Verbraucherbelastung verwandelt.

Wie steht es nun bezüglich dieses letzteren Punktes mit dem in der Oeffentlichkeit neuerdings vielerörterten Plan der Erfassung der sogenannten Goldwerte. Bekanntlich sind eine Reihe von wichtigen Verbrauchsgütern und Nutzungen bisher im Preise künstlich niedergehalten worden, d. h. ihre Preisentwicklung hat mit der allgemeinen Preissteigerung, der Folge der Geldentwertung, nicht Schritt gehalten. Die unvermeidlich gewordene Annäherung an das allgemeine Preisniveau würde natürlich ohne öffentlichen Eingriff den privaten Produzenten zugute kommen, und eben diese Spanne zwischen dem künstlichen und dem Weltmarktpreise will jener Plan steuerlich nutzbar machen. Es ist richtig, daß dadurch die Absicht erreicht würde, den Privaten einen durchaus ungerechtfertigten Vermögenszuwachs vorzuenthalten. Insofern also ist solche Absicht unbedingt mit aller Kraft zu fördern. Aber es darf andererseits nicht übersehen werden, daß die geplante Preiserhöhung zugunsten des Staates doch unmittelbar auf Kosten des Verbrauchers geht. Für seine Lage macht es keinen Unterschied aus, ob der Preiszuschlag dem Grundeigentümer bezw. dem Besitzer der Produktionsmittel oder ob er dem Reich für die Reichsverpflichtungen zugute kommt. Bei allen finanztechnischen Vorzügen eines solchen Planes darf also keine Illusion darüber hinwegtäuschen, daß zwar den Eigentümern der Goldwerte ein durchaus ungerechtfertigter Vorteil vorenthalten bliebe, daß aber die Last der Steuer, die Verschlechterung gegenüber der heutigen Lage, mit voller Wucht doch den Verbraucher träfe.

Es ist nun von einer Seite ein Vorschlag gemacht worden, dessen Zweck es ist, die breite Masse der Verbraucher und Angestellten, also die Arbeiter, gleichwohl von den Lasten dieser Preiserhöhung zu befreien, sodaß nur die leistungsfähigsten Verbraucher getroffen würden, und diese natürlich um so härter. Das Mittel ist die gleitende Lohnskala, die automatische Anpassung des Lohnes an die Preise der wichtigsten Verbrauchsgüter. Es liegt aber im Wesen der gleitenden Skala, daß sie wirklich wirksam nur dann sein kann, wenn sie einer kleineren Gruppe von Menschen zugute kommt, während alle anderen den Schwankungen der Preise ausgesetzt sind. Soll sie dagegen für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, also doch für die ganz große Mehrheit der Volksgenossen gelten, so würde von den steuerlichen Preiserhöhungen nur der kleine Rest des Volkes getroffen: die Kapitalisten, die Angehörigen der freien Berufe und die Rentner, deren Renten unverändert auf den gleichen Markbetrag lauten wie vor dem Kriege. Es ist bekannt, daß diese beiden letzteren Gruppen von den Nöten der Zeit schonungslos getroffen sind, daß niemand hoffen kann, bei ihnen Dutzende von Milliarden jährlich zu erfassen. Bleiben also die Kapitalisten.

Selbst wenn nur die Gewinne der Besitzer der Produktionsmittel so groß bleiben, wie vielfach in den letzten Jahren, so steht doch keineswegs dieser Gesamtgewinn für die steuerliche Erfassung zur Verfügung, sondern ein erheblicher Teil muß für die Erweiterung der Produktion zurückgelegt werden. Es kämen nur diejenigen Summen in Frage, die dem bisherigen Verbrauch der Kapitalisten entsprechen. Wie es aber bekannt ist, daß der Verbrauch der Kapitalisten, bei dem Zahlenverhältnis der Klassen, auf den Kopf der Arbeiterschaft verteilt, nur einen geringen Betrag ausmachen würde, so kann diese Summe auch nicht entfernt den jährlichen Bedarf für die Kriesentschädigung decken. Es würde also, um die Verpflichtungen aus dem Ultimatum zu erfüllen, auch der Verbrauch der Massen belastet werden. So erweist sich gegenüber dem heutigen Problem schon aus diesen Gründen die gleitende Lohnskala für alle Lohn- und Gehaltsempfänger als unzulänglich, wobei andere Gründe wie die zahlreichen Möglichkeiten der Umgehung dieser neuen Form der Zwangswirtschaft hier nur angedeutet werden sollen.

Wie immer man es also versucht, stets bleibt die Last zu einem großen Teile schließlich doch auf den breiten Massen der Verbraucher liegen. Es ist nötig, diese bittere Wahrheit rechtzeitig zu erkennen und auszusprechen; sonst würde man sich dem Vorwurf aussetzen, einen Mangel an Voraussicht bewiesen oder gar ein Versprechen gebrochen zu haben.

Angesichts der Tatsache, daß nur ganz wenige Arbeitergruppen den gleichen Stand der Lebenshaltung wie vor dem Kriege bewahrt haben, der Durchschnitt aber um 30—40 Proz. selbst unter diesen Stand gesunken ist, muß mit allen Mitteln eine Milderung des Uebelstandes angestrebt werden. Eine solche würde in dem Maße eintreten, als es gelingen würde, die technischen Methoden der Produktion zu verbessern. Der Mehrertrag aus besserer Ausnutzung der Anlagen würde dann für die Kriegsentschädigung abgeschöpft und da hier in Industrie und Landwirtschaft noch ungeheure Möglichkeiten der Verwirklichung harren, so müßte auf diese Weise ein stets wachsender Teil der Last von den Schultern des Verbrauchers genommen werden können.

So sehr nun allerseits von einer Entwicklung der Produktivkräfte eine Erleichterung der Lage erhofft wird, so steht doch merkwürdigerweise die naheliegende Frage keineswegs im Mittelpunkt der Erörterung, ob nicht vielleicht gerade mit steuerlichen Mitteln die Produzenten auf diesem Wege vorangetrieben werden könnten. **Produktiv ist diejenige Steuer, die dem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt einen Anreiz bietet.** Gelänge es also, die geplante Besitzbesteuerung nach dieser Richtung auszubauen, so wäre viel erreicht. Und da bietet vielleicht der gleichfalls viel erörterte Gedanke einer Uebertragung von Kapitalanteilen an die Entente einen wirksamen Ansatzpunkt für diesen besonderen Zweck. Eine solche Vermögensübergabe wird vielfach für die naturgemäß besonders schwierige Anfangszeit als unumgänglicher, wenn auch sehr unangenehmer Notbehelf betrachtet werden müssen. Solange die Ergiebigkeit der Wirtschaft noch nicht so gesteigert ist, daß aus dem Ertrage die Last bestritten werden kann, ohne die Verbraucher allzu sehr zu schädigen, solange würde wohl eine Uebertragung von Kapitalteilen die Lücke ausfüllen müssen. Vielleicht wäre nun diese Maßregel einer Verfeinerung in der Richtung fähig, daß den Kapitalisten die Möglichkeit gewährt würde, aus der Erhöhung der Erträge die abgetretenen Kapitalteile zurückzukaufen. Auch die Gegenpartei, von deren Zustimmung ja die Durchführbarkeit der Maßregel abhängt, würde dabei ein gutes Geschäft machen. Gesetzt den Fall, es würden bei einer Fabrik 20 Prozent des Aktienkapitals den bisherigen Eigentümern entzogen und der Entente übergeben. Wird nun die Ausnutzung der Anlagen verbessert, so steigen die Dividenden für Inländer und Ausländer. Im Inland werden infolgedessen Rücklagen aufgehäuft, um den abgetretenen Kapitalteil zurückzukaufen. Inzwischen aber haben kraft dieser inländischen Bemühungen die ausländischen Aktionäre den Genuß von der höheren Verzinsung, der ihnen vermutlich entgangen wäre, wenn nicht die deutschen Kapitalisten durch das Rückkaufsrecht zur Verbesserung der Produktion angereizt würden. Eine Schwierigkeit liegt in der Bewertung der zurückzukaufenden Anteile, die ja entsprechend ihrem nun erhöhten Ertrage ihrerseits im Kurswerte gestiegen wären. Aber diese Schwierigkeit kann nicht unüberwindlich sein, denn selbst wenn man das Rückkaufsrecht zu demjenigen Kurse festsetzte, zu dem die Anteile bei ihrer Abtretung auf die Kriegsentschädigung angerechnet wurden, bliebe dennoch der Vorteil für die Ententeaktionäre außerordentlich groß; sie würden dann zwar keinen Kapitalzuwachs erfahren, wohl aber würde ihr gleichbleibendes Kapitaleigentum, das ursprünglich nach den Regeln der Kursbildung den durchschnittlichen Zins erbrachte, diesen normalen Zinsfuß immer mehr überschreiten, bis die Anteile schließlich zurückgekauft würden.

Natürlich sind viele Wege gangbar. Aber das kann sich nur auf die Ausgestaltung der Einzelheiten beziehen. Der Grundsatz, die kaum vermeidliche Vermögensübertragung zugleich als Anreiz zur Vervollkommnung der Wirtschaft zu benutzen, erscheint zweckentsprechend und durchführbar. Freilich darf auch hiervon kein Wunder und keine vollkommene Entlastung der Verbraucher erwartet werden. Aber in unserer schlimmen Lage haben wir kein Recht, eine immerhin weitgehende und steigerungsfähige Milderung um deswegen zu verwerfen, weil sie nicht das ganze Uebel behebt.

Volkswirtschaft.

Anziehen der Butterpreise.

Hamburg, 13. Juli.

Bei der 7. Auktion der Meierei-Verbände für Schleswig-Holstein zeigte sich bei reger Kauflust ein weiteres Steigen der Butterpreise. Die Preise bewegten sich von 23,45—24,45 M. das Pfund gegen 20—21,25 M. in der vorigen Auktion. Sämtliche zum Verkauf gestellten 200 Kavelinge wurden verkauft.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 13. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		13. Juli.	12. Juli.
Holland	100 fl.	2380.50	2495.—
Kopenhagen	100 Kr.	1192.50	1255.—
Stockholm	100 Kr.	1572.50	1652.50
Kristiania	100 Kr.	1007.50	1050.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	129.—	132.—
Schweiz	100 Frs.	1237.50	1292.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	11.—	11.—
Budapest	100 K.	28.—	28.75
Prag	100 K.	101.—	101.—
Spanien	100 Pesetas	940.—	985.—
London	1 £	271.50	284.50
Paris	100 Frs.	589.—	608.—
Belgien	100 Frs.	582.—	601.—
Italien	100 Lire	350.—	360.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	74.12	78.—
do. briefl. Ausz. od. Scheck		74.—	77.87
Bukarest	100 Lei	—.—	—.—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 13. Juli 1921.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit Tage	Fahrzeit Std.
D.		Arontes	Sodlünning	Kristiania	2	
	S.	Willy	Jangelaus	Veile	1	

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. — Druck und Verlag von Friedrich Meyer & Co., sämtliche in Lübeck.

Saison-Ausverkauf

Bwll. Kleid.-Stoffe 90 cm br., luft-, licht- u. wasch-echt . . . . sonst **27.50** jetzt **23.50**

Schürzenstoffe 116 cm breit, prima Qualität, in vielen Mustern . . sonst **26.50** jetzt **19.50**

Schürzendruck 95 und 110 cm breit, doppelseitig bedruckt, früher bis **29.50** jetzt **23.50** **19.50**

Gestr. Kadett für Waschkleider, Blusen-Anzüge, ... früher **25.50** jetzt **17.80**

Sportflanell 90 cm breit, prima Qualität, in hübschen Mustern . . . . . früher **16.50** jetzt **12.80**

Wäschetuch 82 cm br., in fein- u. grobfädig, fast apreturf., Qual., fr. bis **18.50** jetzt **12.80 9.80** **8.95**

Bettsatin für Bezüge, 130 u. 140 cm br., gute Qual., . . früher bis **48.50** jetzt **39.50 33.50** **29.50**

Roh-Nessel 130 u. 140 cm, für Bettlaken, grobfädige Ware . . früher **22.50** jetzt Mtr. **19.50** **18.80**

Gerstenkorn für Handtücher, mit und ohne Borte in Bwll. u. ½Leinen, früh. 17.50 jetzt **12.80** **8.90**

Fertige Bettlaken in Stouts und Halbleinen, volle Bettgröße . jetzt **78.50 69.50** **39.50**

Auf sämtliche **Korb- u. Garten-Möbel** gewähre ich einen **Extra-Rabatt** von **25 %**

Herren- u. Knaben-Konfektion

8 Serien **Herren-Anzüge** in gut. solid. Verarb. u. tadell. Stoffqual. früh. Wert bis 1250.-
Serie 1 **395** M. Serie 2 **680** M. Serie 3 **875** M.

8 Serien **Jünglings-Anzüge** in blau und farbig früherer Wert bis 860.-
Serie 1 **395** M. Serie 2 **485** M. Serie 3 **590** M.

Herren-Buckskin-Hosen in guter Verarbeitung, gestr. Dessins 98.50 89.50 **49.50**

Knaben-Buckskin-Hosen mit Leibchen Gr. 1—6, jetzt jede Hose **19.50**

Meine Knaben-Wasch-Konfektion wie Anzüge, einzelne Hosen und Blusen verkaufe ich mit einem **Extra-Rabatt** von **20 %**

Flurgardinen ca. 60 cm. br., doppels. eingefaßt, gute Qual. . früher bis **14.80** jetzt **10.50** **8.80**

Stubengardinen 100—140 cm br., in weiß u. elfenbein . früher 35.50 jetzt **28.50 19.50** **17.80**

Fachgardinen in weiß und elfenbein, 2 Schals und 1 Ueberfall, fr. bis 188.00 jetzt **138 118** **98.00**

Garnituren in Madras, 2 Schals, 1 Ueberfall früher bis 193.00 jetzt **168.00 155.00** **148.50**

Gardinen-Kappen mit und ohne Volant, früher bis **16.50** jetzt Mtr. **12.80 8.90** **6.95**

Herren-Beinkleider grau Trikot in allen Größen . . . . früher bis **17.80** jetzt **9.50**

Herren-Beinkleider helle Normalware . . . . . früher bis **43.50** jetzt **29.50**

Herren-Beinkleider nahtlos, Ia Qualität . . . . . früher **49.50** jetzt **39.50**

Herren-Hemden grau Trikot, in guter Qualität . . . . . jetzt **15.95**

Herren-Hemden weiß Maco mit Ia. Einsatz . . . . . Serie I **39.50**, Serie II **43.50**

Hans Struve Lübeck

Königstr. 87/89, Ecke Wahmstr.

Rendsburg **Neumünster** **Itzehoe**

4042)

Die letzten 3 Tage

unseres großen (4044

Saison-Ausverkaufs.

Benützen Sie die Vormittagsstunden mit zum Einkauf.

Gewaltige Preisermäßigungen!

Einige Beispiele:

Damen-Strickjacken	185.—
Damen-Kostüme	95.—
Damen-Mäntel	78.—
Damen-Röcke	25.—

Reelle moderne Herrenkleidung.

Herren-Anzüge . . .	195.—	250.—
Knaben-Anzüge		78.—
Manchesterhosen		125.—
Pilothosen		58.—
Buckskinhosen		48.—

in den Fenstern ausgestellt.

Damen-Stiefel	95.—
Herren-Stiefel	95.—

Kinder-Stiefel, schwarz und braun enorm billig!

Reste, Abschnitte enorm billig!

Ehlers & Rectwisch

Ecke Holstenstr. St. Petri 2-4.

Kolosseum.

Jeden Dienstag und Freitag

Garten-Konzert

unt. Leitung d. Herrn Kapellmstrs. **Rob. Sulanke.**

Am Freitag, dem 15. d. M.:

Einmaliges Auftreten des **Piston-Virtuosen** Herrn **Willy Hahlbohm** von der Staatsoper Berlin. **Josef Lizewski** (Bariton).

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 20, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.—, Dutzendkarten Mk. 20.— ausschl. Steuer.

Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Anfang 7½ Uhr. (4029

Nur noch morgen!

Nur noch morgen

Sommer-Ausverkauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen

vom 12. bis 15. Juli

Gummi-Mäntel Ia. Qualität		325.—
Loden-Mäntel für Damen u. Herren	195.—	150.—
Loden-Pelerinen	180.—	150.—
Drell-Sommerjoppen grau		75.—
Wander-Kittel		65.—
Stutzen	12.— 11.—	10.—
Brotbeutel	9.50 7.50	6.50
Zeltbahnen neu, grau		82.25
Strickjacken reine Wolle		175.—

Blaue Kinder-Loden-Pelerinen Gr. 50—75 . . . . . 50.—

Außerdem auf alle anerkannt konkurrenzlos billigen Sommerkatalogpreise **6 %**

(4030

Nur noch morgen

Sport-Haus **Paul Gassmann**

LÜBECK, Mühlenstraße 34.

Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich,

wo nicht, wende man sich an

L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld. (4031

Während des

Saison-Ausverkaufs

große Preisermäßigung

in Herren- und Knaben-Garderoben.

Herren-Anzüge	M. 275,	375,	575
Herren-Lodenmäntel	M. 98,	190,	295
Herren-Hosen	M. 68,	89,	95
Knaben-Anzüge	M. 49,	95,	145

August Haerder & Co.

4043

Zigarrenhaus Fünfhausen

Für Raucher (4027

beste Bezugsquelle.

Inh.: P. Gerhard, Fünfhaus 31

Trocadero

Lübeck. (4036

Nachmittags u. abends

Künstler-Konzerte.

ff. Gebäck, div. Weine. Erfrischungen.

Am Sonnabend, 16. Juli: die beliebten Erno-Scheckel-Konzerte.

Hansa-Theater

Heute Donnerstag und morgen Freitag 8 Uhr. (4049) 8 Uhr.

Der Traum Singspiel-Operette in 3 Akten von Martin Knopf. **vom Glück.**

Voranzeige.

Dienstag, 19. Juli 1921: Gastspiel **Edgar Pauly** vom Metropol-Theater

Die verschwundene Pauline.

Stadttheater Lübeck.

Anf. 7½, Sonntag, 17. Juli: **Die Postmeisterin.** (Sonntagspreise).

Anf. 7½, Dienstag, 19. Juli: **Die Seele schwinget sich.**

Anf. 7½, Mittwoch, 20. Juli: **Zar und Zimmermann.**

Anf. 7½, Mittwoch, 20. Juli: **Kammerspiele,** (4038 **Der lächelnde Knabe.**

Die noch nicht abgeholten Abonnementskarten können am Donnerstag, Freitag und Sonnabend, nachmitt. von 3—6 Uhr, in der Theaterkasse in Empfang genommen werden.

---

50 Ztr. Rauchtabak

garant. rein Übersee!

Pfd. nur 18.- Mk.

(4032

Grundmann, Schüsselbuden 32.

T. & B. (4040

u. echte Wills Goldflake

die best. engl. Zigaretten bill. a. Wiederverk. abzug.

Grundmann, Zig.-Großh. Schüsselbud. 32, Tel. 418.

Möbel 4045

Polsterwaren, Spiegel, Anzüge, Arbeitshosen

auf Teilzahlung

Kesten, Holstenstr. 17, I.

Beilage zu Nr. 162
28. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Donnerstag, den 14. Juli 1921

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 14. Juli.

Markenfreies Brot.

Der Segen der freien Wirtschaft. — 14 Mark für ein Brot.

Wie Berliner Blätter berichten, tritt vom 15. August ab eine Neuregelung der Brotkartenverteilung ein. Mit diesem Tage wird eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brot und Getreide vorgenommen. Es ist von dem genannten Tage ab jedem die Möglichkeit gegeben, sich Brot in beliebigen Mengen zu erhöhten Preisen ohne Marken zu kaufen. Die Brotversorgung wird die bisherige Brotkarte weiter zur Verteilung bringen, und das Brot, das auf diese Marken beim Bäcker erhältlich ist, wird zum Preise von etwa 7,50 Mk. abgegeben werden. Die Reichsgetreidestelle hat nach Sicherstellung des zu dieser Verteilung notwendigen Mehles, ein größeres Quantum markenfreies Brotmehl freigegeben. Dadurch ist den Gastwirten und auch den Privatbetrieben die Möglichkeit gegeben, ohne Uebertretung der Verordnungen der Zwangswirtschaft, beim Bäcker, allerdings zu erhöhtem Preise, Brot markenfrei in beliebigen Mengen zu erhalten. Der Preis ist von der Reichsgetreidestelle für markenfreies Brot noch nicht genau festgesetzt, doch rechnet man, daß ein solches Brot etwa 12 bis 14 Mark kosten wird. Durch diese teilweise Freigabe des Brotes ist ein weiterer Abbau der Brotversorgung in Aussicht genommen worden. Auch soll ein Ersatz für abhanden gekommene Brotkarten nicht mehr stattfinden, da ja die Möglichkeit vorhanden ist, sich markenfreies Brot zu kaufen — wenn man das nötige Geld dazu hat.

Diese gewaltige Preiserhöhung für das wichtigste Volksnahrungsmittel haben wir den bürgerlichen Parteien zu verdanken, die gegen den Widerstand der Sozialdemokraten die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und die Einführung eines Umlageverfahrens beschlossen. Danach müssen die Landwirte von der neuen Ernte nur noch einen Teil zu „billigen" Preisen abliefern, der Rest ist dem Wucher hemmungslos preisgegeben. 2½ Millionen Tonnen Getreide sollen durch die Umlage erfaßt werden, das ist eine Menge, die auf den Kopf der Bevölkerung im Jahresdurchschnitt etwa 42 Kilogramm Brot ergibt. Alles übrige Brot muß im freien Handel gekauft werden Für jede Frau ist es ein leichtes, auszurechnen, wieviel Brot sie nachkaufen muß.

Der Fluch der Gewinnsucht lastet in Zukunft auf dem schaffenden Volke noch weit mehr als in der schlimmsten Kriegszeit. Es ist eine Hiobsbotschaft nicht nur für jeden Arbeiterhaushalt und die Frauen, die von dem Geschwätz von der „billigeren" freien Wirtschaft sich einfangen ließen und bürgerlichen Parteien ihre Stimme gaben, erhalten damit die Quittung für ihre politische Kurzsichtigkeit.

14—15 Mk. für ein Brot! Und damit verbunden ist naturnotwendig eine neue Welle von Preiserhöhungen für alle Produkte. Die Arbeiterschaft und der kleine Mittelstand werden ohne wesentliche Lohn- und Gehaltserhöhungen die Brotsteigerung im besonderen und die damit kommende Preissteigerung im allgemeinen nicht ertragen können. Bis aber die Lohnerhöhungen durchgesetzt sind, werden neue Preissteigerungen in Aussicht sein, es wird keine „Zwischenzeit" des Hungerns und Darbens mehr sein, sondern es wird eine neue allgemeine Senkung des Lebensniveaus herbeigeführt.

Den bürgerlichen Parteien habt ihr es zu danken.

Ein unhaltbares Gewerbegerichtsurteil.

Bei der Brückenbau Flender A.-G. in Siems bei Lübeck war bei der im März d. J. vorgenommenen Neuwahl des Betriebsrats der Schiffszimmerer W. B. als Betriebsratsmitglied gewählt. Zur Wahl waren 2 Listen von der Belegschaft aufgestellt. B.s Name stand an 2. Stelle auf der Liste der S. P. D. Auf Grund der Verteilungsziffer erhielt B. die 4. Stelle im Betriebsrat. Da von den bis zur Neuwahl amtierenden B.-R. 4 Mitglieder desselben von der Arbeit befreit waren, so hätte, da eine Aenderung von der Firma nicht bei den Schlichtungsstellen des Betriebsrätegesetzes nachgesucht war, B. zur Ausübung seiner Tätigkeit als B.-R. von der Arbeit freigestellt sein müssen. Der Betriebsrat war nun der Meinung, daß zur ordnungsgemäßen Erledigung der ihm durch das B.-R.-G. auferlegten Pflichten 5 Mitglieder des B.-R. von der Arbeit freigestellt sein müßten. Als die Betriebsleitung sich hiermit nicht einverstanden erklärte, wurde von der Freistellung des 5 B.-R. sofort Abstand genommen und der alte Zustand beibehalten. Nun ging die Firma ihrerseits daran, ohne die Schlichtungsstellen, die das B.-R.-G. vorsieht, anzurufen, die Zahl der freigestellten B.-R. auf 3 zu vermindern, indem sie am 8. April schriftlich dem B.-R. B. mitteilte, daß, wenn er sich nicht bei seinem Meister zur Arbeit melde, sein Lohn einbehalten würde. Da der B.-R. und mit ihm auch B. sich im Rechte glaubten, leistete B. dieser Aufforderung keine Folge. Ihm wurde dann für die Zeit vom 12. bis 25. April der Lohn einbehalten. Die Firma benutzte also ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit, oder besser gesagt die Hungerpeitsche, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen.

B. rief das hiesige Gewerbegericht an und dieses verkündete am 21. Juni folgendes Urteil:

Die Klage wird abgewiesen. Der Kläger hat die Kosten zu tragen. Höhe der Kosten 30 Mk.

Man kann nun zweifellos noch nicht von einer langen Praxis des B.-R.-G. reden: trotzdem ist aber doch wohl allgemein der Glaube und die Ansicht verbreitet, daß diejenigen Instanzen, die berufsmäßig mit dem B.-R.-G. und dem übrigen Gebiet des Arbeitsrechtes zu tun haben, sich im Laufe des einen Jahres die elementarsten Kenntnisse über diese Fragen angeeignet hätten. Dieser Anforderung sollte nach unserer Auffassung auch das hiesige Gewerbegericht genügen. Die nachfolgenden Zeilen beweisen schlagend, daß das nicht der Fall ist.

Schon die Darstellung des Tatbestandes strotzt voller Unrichtigkeiten, die Zeugnis davon ablegen, daß das Gericht vom B.-R.-G. und seinen aus der praktischen Anwendung des Gesetzes sich ergebenden Notwendigkeiten und Selbstverständlichkeiten keine Ahnung hat und es infolgedessen die Darstellungen der Parteien über den Tatbestand, den es im Urteil, wie vorgeschrieben, kurz schildert, garnicht verstanden hat. Es herrschte nämlich, um nur einen Fall herauszugreifen, unter den Parteien vollständige Uebereinstimmung darüber, daß die Arbeiterschaft eines Werkes, nicht die Betriebsleitung, diejenigen Personen als B.-R. zu bestimmen habe, die sie für am besten geeignet hält, von der Arbeit befreit zu sein, um die Aufgaben des B.-R.-G. erfüllen zu können. Das Gericht war anderer Auffassung. Diese reine Personenfrage kann doch niemals von einer Betriebsleitung gelöst werden wie das Gericht meint, da diese nicht den geringsten Einfluß auf die Wahl selbst ausüben kann.

Es ist ferner falsch, wenn gesagt wird, daß die Kläger behauptet hätten, die Arbeiterschaft habe die Zahl der von der Arbeit freigestellten B.-R. zu bestimmen. Die Kläger behaupten nur, daß bis zur Neuwahl des B.-R. 4 Mitglieder desselben freigestellt waren und die Firma durch ihre Duldung, selbst wenn sie nur eine stillschweigende war, diesen Zustand als für sie gegeben angesehen hat. Im übrigen steht der B.-R. auf dem Standpunkt, daß über diese Frage der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern eine Verständigung mit der Leitung eines Werkes zu erfolgen habe. Wenn die Betriebsleitung in dem, dem Gericht übermittelten Schriftsatz sagt, daß sie stillschweigend 3 B.-R. als von der Arbeit befreit zugelassen habe, so sagt sie die Unwahrheit, denn nicht 3, sondern 4 B.-R. waren nachweislich von der Arbeit befreit. Wenn aber die Firma glaubt sagen zu können, die Bestimmung über die Zahl der Freistellungen stehe ihr zu, so bildet sie sich dieses Bestimmungsrecht nur ein. Das B.-R.-G. besagt ausdrücklich (§ 35) **„daß notwendige Versäumnis von Arbeitszeit nicht eine Minderung der Entlohnung zur Folge haben darf".** Ueber den Begriff „notwendige Versäumnis" ist eben eine Verständigung erforderlich und nachdem diese Verständigung nicht herbeigeführt war, mußte die Firma, nicht der B.-R., die Schlichtungsstellen des B.-R.-G. anrufen, die vorgesehen sind, denn sie wollte jetzt den bestehenden Zustand verändern.

Garnicht verstanden hat das Gewerbegericht den Schriftsatz 5 des Klägers, wenn es behauptet, daß in demselben gesagt sei, die Beklagte, d. h. die Firma, habe ganz zu Unrecht in ihrem Schreiben (3) drei ganz beliebige Arbeiter unter den Gewählten herausgegriffen und zu Betriebsratsmitgliedern bestimmt. Einen solchen Unsinn wird kein B.-R. behaupten und nur der von keiner Sachkenntnis getrübten Auffassung des G.-G. blieb es vorbehalten, derartig hahnebüchen einen Schriftsatz auszulegen. Ist dem hiesigen G.-G. nicht bekannt, daß kein B.-R. von einer Firma bestimmt wird, sondern auf Grund des Gesetzes von der Belegschaft eines Betriebes gewählt wird? Was hat sich eigentlich das G.-G. bei den folgenden Zeilen gedacht, wo es sagt: Ob aber die Arbeiterschaft gerade diese zu Betriebsratsmitgliedern gewählt hätte, wenn sie gewußt hätte, daß nur drei gewählt werden sollten, stehe dahin. Daher schon seien die Kläger vorläufig als Betriebsratsmitglieder anzusehen?? Wir müssen gestehen, daß es uns eigenartig berührt hat, daß ein Gericht, das ständig mit diesen Fragen zu tun hat, eine derartige Unkenntnis über die Grundfragen des B.-R.-G. bekundet. Wir empfehlen sowohl dem Richter wie den Beisitzern schleunigst Mittel und Wege zu ergreifen, um sich die notwendigen Kenntnisse über das B.-R.-G. anzueignen, oder wir müssen in Zukunft ein solches Gericht ablehnen, daß derartige Unwissenheiten über ein Gesetz bekundet mit dem es tagtäglich zu tun hat. Die Gründe, die dem Gericht zu seinem Urteil dienten, sind voller Beweise der Unkenntnis über das B.-R.-G., so daß kaum weiteres gesagt werden braucht. Wie das G.-G. aber in seiner Begründung behaupten kann, ein Beweis dafür, daß 4 Betriebsratsmitglieder freigestellt waren, sei nicht erbracht, ist einfach unverständlich, da selbst der Vertreter der Flenderwerke dieses in der Verhandlung zugab, nur mit der Behauptung, daß 4 gegen den Willen der Betriebsleitung freigestellt seien, obgleich sie stets allen 4 ihren Lohn auszahlte. Es kennzeichnet aber die Auffassung des Gerichts, wenn es sagt, daß der Firma unbedingt das Recht zustehen müsse, — „wenn sie es für geboten erachte" — wie es so schön heißt, (d. h. ganz nach ihrem Belieben und zu jeder Zeit,) die Zahl der freigestellten Betriebsratsmitglieder herabzusetzen und der B.-R. habe sich bis zur Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß dem zu fügen, da die Firma allein die Uebersicht über die Erfordernisse des Betriebes besitze. Das G.-G. weiß nichts davon, daß der Teil, der eine Aenderung an einem bestehenden Zustand vornehmen will, die Schlichtungsstelle anrufen muß, sondern für das Gericht gibt es nur ein Fügen. Das G.-G. weiß nichts davon, daß B.-R. und Betriebsleitung verpflichtet sind, alles zu unterlassen, was den Betriebsfrieden stören kann. Das G.-G. weiß nichts davon, daß hier die Betriebsleitung durch ihr Vorgehen den Frieden des Betriebes gefährdete. Das G.-G. erkennt nicht, daß die Betriebsleitung durch die brutale Ausnutzung der wirtschaftlichen Ueberlegenheit den Betrieb Erschütterungen aussetzte. Nichts von alledem kennt das G.-G.

Für das G.-G. ist nur die Firma allein in der Lage, die Erfordernisse des Betriebes beurteilen zu können. Für das G.-G. gibt es keinen § 165 in der Reichsverfassung, der vorsieht, daß die Arbeiterschaft mit berufen ist, unser Wirtschaftsleben durch tätigen Anteil und Mitarbeit zu heben. Was dann in der Begründung weiter über die Wahl des B.-R., der als „gewählt zu gelten hat", wird gesagt, beweist aufs neue das mangelhafte Wissen des Gerichts über das B.-R.-G. und seiner praktischen Anwendung, so daß wir dem oben Gesagten nichts hinzuzufügen haben und nur wiederholen würden. Barer Unsinn ist es, wenn das Gericht sagt, daß, wenn der Betriebsrat glaube, daß die 3 von der Firma bestimmten Freigestellten das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht mehr besitzen, müsse die Arbeiterschaft dies feststellen, unter Umständen durch Neuwahl. Es fällt einem schwer, bei einem derartigen Unwissen ruhig zu bleiben und die parlamentarische Form zu wahren. Dies das Urteil des Gewerbegerichts. Es würde zu weit führen, wollte man noch alle die kleinen Mängel und Verkehrtheiten, die in diesem Urteil mit seiner Begründung enthalten sind, niederlegen. Wir glauben, an dem Gesagten den Beweis geliefert zu haben, daß es einfach unmöglich ist, einem Gericht und einem Richter, der doch die Laienrichter über die gesetzlichen Bestimmungen aufklären soll, auch für die Zukunft eine derartige Tätigkeit zu überlassen. Wir müssen verlangen, daß zum mindestens ein Gewerberichter nach 1 Jahr B.-R.-G. mit den grundsätzlichen Richtlinien des Gesetzes vertraut ist. Kann er das nicht, dann muß er von seinem Amt entfernt werden. Hier liegt ein Urteil vor, daß erschöpfend die

---

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

14. Fortsetzung

Also sprach Frymann, und der arme Karl saß ob all den Reden erstaunt und verdonnert und wußte nicht, sollte er lachen oder sich aufblasen. Aber Sylvrig, der Schmied rief:

„Da seht nun diese zwei, die nicht für uns sprechen wollten und nun wieder reden, wie die Bücher!"

„So ist es!" sagte Bürgi, „aber wir haben dadurch neuen Zuwachs bekommen, einen kräftigen jungen Schößling getrieben! Ich beantrage, daß der Junge in unsern Kreis der Alten aufgenommen wrde und fortan unsern Sitzungen beiwohne!"

„Also sei es!" riefen alle und stießen mit Karl an; der leerte etwas unbesonnen sein volles Glas, was ihm jedoch die Alten in Betracht der aufgeregten Stunde hingehen ließen, ohne zu murren.

Nachdem die Gesellschaft sich durch das Frühstück hinlänglich von ihrem Abenteuer erholt, zerstreute sie sich. Die einen gingen, ein paar Schüsse zu probieren, die andern den Gabensaal und die übrigen Einrichtungen zu besehen, und Frymann ging, seine Tochter und die Frauen zu holen, bei denen sie zu Gast war; denn zum Mittagessen wollten sie sich alle wieder an dem Tische finden, der ziemlich in der Mitte der Halle und im Bereich der Tribüne gelegen war. Sie merkten sich die Nummer und gingen höchst wohlgemut und aller Sorgen ledig auseinander.

Genau um zwölf Uhr saß die Tischgesellschaft von einigen tausend Köpfen, welche jeden Tag andere waren, am gedeckten Tische. Landleute und Städter, Männer und Weiber, Alte und Junge, Gelehrte und Ungelehrte, alle saßen fröhlich durcheinander und harrten auf die Suppe, indem sie die Flaschen entkorkten und das Brot anschnitten. Nirgends blickte ein hämisches Gesicht, nirgends ließ sich ein Aufschrei oder ein kreischendes Gelächter hören, sondern nur gleichmäßig verbreitet das hundertfach verstärkte Gesumme einer frohen Hochzeit, der gemäßigte Wellenschlag einer in sich vergnügten See. Hier ein langer Tisch voll Schützen, dort eine blühende Doppelreihe von Landmädchen, am dritten Tisch eine Zusammenkunft sogenannter alter Häuser aus allen Teilen des Landes, die das Examen endlich überstanden hatten, und am vierten ein ganzes ausgewandertes Städtlein, Männer und Frauen durcheinander. Doch diese sitzenden Heerscharen bildeten nur die Hälfte der Versammlung; ein ununterbrochener Menschenzug, ebenso zahlreich, strömte als Zuschauer durch die Gänge und Zwischenräume und umkränzte, ewig wandelnd, die Essenden. Es waren, Gott sei Preis und Dank, die Vorsichtigen und Sparsamen, die sich die Sache berechnet und anderswo für noch weniger Geld gesättigt hatten, die Nationalhälfte, welche alles billiger und enthaltsamer bewerkstelligt, während die andere so schrecklich über die Schnur haut; ferner die Allzuvornehmen, die der Küche nicht trauten und denen die Gabeln zu schlecht waren, und endlich die Armen und die Kinder, welche unfreiwillig zuschauten. Aber jene machten keine schlechte Bemerkungen und diese zeigten weder zerrissene Kleider noch böse Blicke; sondern die Vorsichtigen freuten sich über die Unvorsichtigen, der Vornehmling, welchem die Schüsseln voll grüner Erbsen im Juli zu lächerlich waren, ging ebenso wohlgesinnt einher, wie der Arme, dem sie verführerisch in die Nase dufteten. Hie und da freilich zeigte sich ein sträflicher Eigennutz, indem es etwa einem filzigen Bäuerlein gelang, unbesehens einen verlassenen Platz einzunehmen und frischweg mit zu essen, ohne bezahlt zu haben; und was noch schlimmer war für ordnungsliebende Augen, es entstand deswegen nicht einmal ein Wortwechsel und ein Hinauswerfen.

Der oberste Festwirt stand vor dem weiten Küchentor und blies auf einem Jägerhörnchen das Zeichen zum Auftragen eines Gerichtes, worauf eine Kompanie Aufwärter hervorbrach und sich mit künstlich eingeübter Schwenkung rechts, links und gradaus zerstreute. Einer derselben fand seinen Weg zu dem Tische, an welchem die Aufrechten und Festen saßen, unter ihnen Karl, Hermine und ihre Freundinnen, Basen oder was sie sein mochten. Die Alte horchten eben eifrig auf einen Hauptredner, der die Tribüne bestiegen, nachdem der Tambour einen kräftigen Wirbel geschlagen. Ernst und gesammelt saßen sie, mit weggelegter Gabel, steif und aufrecht, alle sieben Köpfe nach der Tribüne gewendet. Aber sie erröteten wie junge Mädchen und sahen einander an, als der Redner mit einer Wendung aus Karls Rede begann, die Erscheinung der sieben Greise erzählte und hieran seine eigene Rede knüpfte und ausführte. Nur Karl hörte nichts; denn er scherzte leise mit den Frauen, bis ihn sein Vater anstieß und seine Mißbilligung ausdrückte. Als der Redner unter großem Beifall geendigt, sahen sich die Alten abermals an; sie hatten schon vielen Versammlungen beigewohnt, aber zum erstenmal waren sie selbst der Gegenstand einer Rede geworden, und sie wagten nicht, sich umzuschauen, so verschämt waren sie, wenn auch überglücklich. Aber wie es der Weltlauf ist, ihre Nachbaren ringsum kannten sie nicht und ahnten nicht, was sich für Propheten in ihrer Nähe befanden, und so wurde ihre Bescheidenheit nicht beleidigt. Um so zufriedener drückten sie einander die Hände, nachdem sie jeder sachte für sich gerieben, und ihre Augen sagten: Nur unentwegt! Das ist der süße Lohn für Tugend und andauernde Vortrefflichkeit!

Worauf Kuser rief: „Nun, diesen Spaß haben wir unserm Meister Karl zu verdanken! Ich glaube doch, wir werden ihm schließlich Bürgis Himmelbett zusprechen und ihm eine gewisse Puppe drein legen müssen. Was meinst du, Daniel Frymann?" — „Ich fürchte auch," sagte Pfister, „daß er mir mein Schweizerblut abkaufen muß und seine Wette verliert."

Doch Frymann runzelte plötzlich die Stirn und sprach: „Ein gutes Mundwerk wird nicht gleich mit einem Weibe bezahlt! Wenigstens in meinem Hause gehört noch eine gute Hand dazu! Laßt uns, ihr Freunde, den Scherz nicht auf ungehörige Dinge ausdehnen!"

Karl und Hermine waren rot geworden und schauten verlegen in das Volk hinaus. Da ertönte der Kanonenschuß, der den Wiederbeginn des Schießens verkündigte und auf den eine lange Reihe von Schützen, die Büchse in der Hand, gewartet hatte. Augenblicklich knallte es wieder auf der ganzen Linie; Karl erhob sich vom Tische, sagte, nun wolle er sein Glück auch versuchen, und begab sich nach dem Schießstande. „Und ich will ihm wenigstens zusehen, wenn ich ihn auch nicht bekommen soll!" rief Hermine scherzend und ging ihm nach, begleitet von den Freundinnen.

Doch geschah es, daß die Frauenzimmer sich in der Menge aus den Augen gerieten und Hermine zuletzt mit Karl allein blieb und getreulich mit ihm zog von Scheibe zu Scheibe. Er begann am äußersten Ende, wo kein Gedränge war, und schoß ohne sonderlichen Ernst zwei oder drei Treffer gleich hintereinander. Nach Herminen sich umwendend, die hinter ihm stand, sagte er lachend: „Ei, das geht ja gut!" Sie lachte auch, aber nur mit den Augen, mit dem Munde sagte sie ernsthaft: „Du mußt einen Becher gewinnen." — „Das geht nicht," antwortete Karl, „um fünfundzwanzig Nummern zu schießen, müßte ich wenigstens fünfzig Schüsse tun, und ich habe gerade nur fünfundzwanzig bei mir." — „Ei," sagte sie, „es gibt ja genug Pulver und Blei hier zu kaufen!"

„Das will ich aber nicht, da käme mir der Becher mit dem Schußgeld teuer zu stehen! Manche verpuffen allerdings mehr Geld, als der Gewinn beträgt, aber ein solcher Narr bin ich nicht."

„Du bist ja hübsch grundsätzlich und haushälterisch", sagte sie beinahe zärtlich, „das gefällt mir! Aber das ist erst recht gut, wenn man dann mit wenigem so viel ausrichtet, wie andere mit ihren weitläufigen Anstalten und schrecklichen Anstrengungen! Darum nimm dich zusammen und mach' es mit den fünfundzwanzig Kugeln! Wenn ich ein Schütze wäre, so wollt' ich es schon zwingen!"

„Nie, es kommt gar nicht vor, du Närrin!"

„Drum seid ihr eben Sonntagsschützen! Aber so fange nur endlich wieder an und probier's!"

(Fortsetzung folgt.)

Unkenntnis eines Richters auf diesem Gebiet beweist. Aufgabe der vorgesetzten Behörde muß es sein, hier eine Aenderung zu schaffen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß jedes Vertrauen auch zu diesen Gerichten — in denen doch auch Vertreter der Arbeiter mitwirken — verloren gehen soll. Den Beisitzern des G.-G., die aus der Arbeiterschaft sind, empfehlen wir dringend, sich mit der neuzeitlichen Gesetzgebung und Rechtsprechung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts vertraut zu machen, damit sie ihrer Aufgabe gewachsen sind, nur dann ist eine Gewähr dafür geboten, daß nicht auch noch die G.-G. einseitig in den Dienst der Unternehmer gestellt werden. Unsere Hoffnung ist und muß der Beisitzer aus den Reihen der Arbeitnehmer sein, der unbedingt über das Gebiet des Arbeitsrechts unterrichtet sein muß. Ist das nicht der Fall, dann wird stets der rechtsuchende Arbeiter auch beim G.-G. der unterliegende Teil sein

Erwarten wir nichts von den Arbeitgeberbeisitzern und nichts von dem Richter. Beide würden immer infolge ihrer gesellschaftlichen und politischen Stellung den Standpunkt einnehmen, wie es im vorliegenden Fall geschehen ist, d. h. sie würden sich berufen fühlen, den Herrn-Im-Hause-Standpunkt des Unternehmertums zu wahren und nicht die im § 165 der Reichsverfassung festgelegte Gleichberechtigung des Arbeitnehmers im Wirtschaftsprozeß zur Geltung kommen lassen. Der Arbeiterschaft erwächst daraus die Aufgabe, dem vorzubeugen, einmal dadurch, sich selbst zu schulen, um diesen Aufgaben gewachsen zu sein, zum andern mit allen Mitteln danach zu streben, daß die Rechtsprechung auf dem Gebiet des Arbeiterrechts von Richtern erfolgt, die gewillt sind, sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen.

Die Betriebsrätezentrale Lübeck.
J. A. Alfr. Dreger.

*

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Wir bitten, umgehend im Gewerkschaftssekretariat die Karten zum Gewerkschaftsfest in Empfang zu nehmen. Der Vorstand des Ortsausschusses

Achtung, Jungsozialisten! Heute Donnerstag, Vortrag des Gen. Dr. Leber. Beginn ½8 Uhr, Fünfhausen 30 (Zur alten Post). Um zahlreichen Besuch bittet der Arbeitsausschuß.

Der Streik im gesamten Friseurgewerbe. Die Lohnkommission der Arbeitgeber hatte durch Vermittlung des Gewerkschaftssekretärs Dreger nochmals Verhandlungen mit den Arbeitnehmern angebahnt. Das Ergebnis ergab folgendes: Unsere Forderung sollten von 20 Mk. pro Woche auf 10 Mk. herabgesetzt werden und der freie Nachmittag von 4 Stunden sollte auf die Woche verteilt werden. Den Gehilfen wurde dieser Vorschlag in der Versammlung vorgelegt, sie lehnten ihn einstimmig ab. Da der Streik einmal uns aufgebürdet ist, stehen die Arbeitnehmer restlos auf ihren Forderungen, und beschlossen einstimmig, den Streik weiter zu führen. Wir bitten alle Bewohner Lübecks, die Gehilfen weiter in ihrem Kampfe zu unterstützen, und danken hier dem Kunden bei Brüggemann, Schwartauer Allee für die gestifteten 50 Mk. Die Friseurinnen führen ihren Kampf zum Abschluß eines Tarifes mutig weiter, die Arbeitgeber der Friseurinnen scheuen kein Geld, ihr Personal wieder zur Arbeit zurückzurufen. Sämtliche Friseurinnen erhielten heute morgen durch Einschreibebrief folgenden Bescheid: „Fordere Sie hierdurch auf, sich am Freitag, dem 15. Juli, 8 Uhr früh, im Geschäft zur Arbeit einzufinden, widrigenfalls Sie entlassen sind". Die Friseurinnen kämpfen aber weiter, um auch ihre Forderung bewilligt zu erhalten. Auch hier bitten wir alle Bewohner, die Friseurinnen weiterhin zu unterstützen. Gelegenheit zum Frisieren ist jetzt auch in den fliegenden Rasierstuben geboten. — Wir halten durch!

Die Streikleitung.

*

Recht erregt gebärdet sich die Inhaberin des Damenfriersalons Frau Martha Heins, Schüsselbuden, weil in einem Bericht der Streikleitung gesagt wurde, sie beschäftige Streikbrecherinnen. Die Dame behauptet, daß sie tarifmäßig bezahle, folglich keine Streikbrecherinnen beschäftige. — Der Arbeitnehmerverband weist darauf hin, daß der Kampf der Friseurinnen zum Abschluß eines Tarifes geführt wird. Momentan bestehen überhaupt keine Lohntarifabschlüsse. Diese sollen erst die Verhandlungen beiderseits ergeben. Sonach sind also alle beschäftigten Friseurinnen Streikbrecher.

Was andere Städte für den Sport tun. Das Amt für Leibesübungen und Jugendpflege schreibt uns: Der Kieler Voranschlag sieht 200 000 Mk. Ausgaben für Leibesübungen vor, Flensburg hat 810 000 Mk. zur Anlage neuer Sportplätze bewilligt, Köln 541 600 Mk. für 1921 für Turnen, Sport und Spiel zur Verfügung gestellt. Goslar 150 000 Mk. für die Anlegung von Spielplätzen.

Die Trinkerfürsorgestelle schreibt uns: Der Alkoholgenuß, der während des Krieges fast verschwunden war, nimmt neuerdings trotz der hohen Preise wieder bedenklich zu. In der letzten Zeit sind der Trinkerfürsorgestelle z. B. 4 neue schwere Fälle gemeldet worden und zwar alles Fälle, in denen schon längst etwas hätte getan werden müssen. Daß Wirte schweren Trinkern immer wieder Alkohol verabfolgen, ist zwar unverantwortlich, aber doch noch zu verstehen. Ganz unverständlich aber ist es, wenn an sich tatkräftige Familienmitglieder und Freunde ruhig zusehen, wie ein Mann sich langsam zugrunde trinkt. Wieviel Elend könnte verhütet werden, wenn es mehr wirkliche Freunde gäbe.

Preise der Zündhölzer. Der Verein der Deutschen Zündholzfabrikanten hat in seiner außerordentlichen Generalversammlung in Berlin einstimmig beschlossen, bei Aufhebung der Höchstpreise die alten Preise beizubehalten.

„Die Postmeisterin", die am Sonntag, dem 17. Juli, zum 1. Male aufgeführt wird, behandelt eine heitere Episode der preußischen Geschichte aus der Zeit vor dem Kriege 1806. Historische Personen wie Prinz Louis Ferdinand und Frau Wiesel stehen im Mittelpunkt der Handlung. Die von Leon Jessel geschriebene Musik ist reich an sogenannten Schlagern. Die Spielleitung führt Herr Max Hermann.

Hansa-Theater. Heute Donnerstag, sowie morgen Freitag wird die Singspiel-Operette „Der Traum vom Glück" gegeben, während Sonnabend auf allgemeinen Wunsch nochmals „Mascottchen" wiederholt wird. Edgar Pauly, das beliebte Mitglied vom Metropol-Theater, Berlin, und von seiner mehrjährigen Tätigkeit am hiesigen Stadttheater her noch bestens bekannt, gastiert am Dienstag, dem 19. Juli, in dem tollen Schwank „Die verschwundene Pauline".

pb. **Eine raffinierte Schwindlerin.** Am Freitag erschien bei einer in der Travelmannstraße wohnhaften Frau eine ca. 30 Jahr alte Frauensperson und gab an, beauftragt zu sein, einige Kleidungsstücke des dort wohnhaften Einlogierers zum Aufbügeln abzuholen. Es handelt sich um eine Schwindlerin, die die Kleidungsstücke sofort nach einer am Wakenitzufer wohnenden Frau gebracht hat mit der Angabe, sie solle es für den dort wohnhaften Einlogierer abgeben, der sich die Kleidungsstücke habe machen lassen, aber dem Schneider noch 345 M. schulde. In der Annahme, daß die Angaben auf Wahrheit beruhten, wurde ihr der Betrag von der Logiswirtin ausgehändigt, worauf die Schwindlerin auf Nimmerwiedersehen verschwand.

pb. **10 000 Mark Belohnung.** Wie berichtet, ist in einem Modewarengeschäft in der Breiten-Straße ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt, bei dem den Dieben eine große Menge Glacee- und Lederhandschuhe sowie auch einige wertvolle lederne Damenhandtaschen in die Hände gefallen sind. Auswärtige Blätter berichteten, der Wert des Diebesgutes belief sich auf 500 000 Mark. Der Geschädigte sichert für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen eine Belohnung bis zu 10 000 Mark zu.

pb. **Geborgene Leiche.** Gestern morgen wurde die Leiche einer Frau aus der Trave bei Schuppen 4 geborgen. Es soll sich um das Opfer eines Unglücksfalles handeln.

Badeanstalt Falkendamm. Wasserwärme am 14. Juli morgens 6 Uhr 21½°; mittags 12 Uhr 21½° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Die Auslosung der Gewerkschaften und Vereine zum Gewerkschaftsfest hatte folgendes Ergebnis: Radfahrer, Eisenbahner, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Soz. Verein, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Chor-Verein, Landarbeiter, Zimmerer, Arbeiter-Jugend, Komm. Partei, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Arb.-Turnverein, Fabrikarbeiter-Verband.

Eutin. Die Stadtvertretung stimmte in der dritten Lesung dem Verkauf von städtischem Baugelände zu. In nächster Zeit sollen auch den einzelnen Schrebergärteninhabern die Verträge zugestellt werden. Der Preis für die Quadratrute wird sich auf etwa 8,15 Mk. stellen. Die Bezahlung darf auch in halbjährlichen Raten erfolgen. — Weiter wurde die Polizeiverwaltung um schärfere Ueberwachung der Hundehaltungsvorschriften gebeten. Zum Einfangen und zur eventuellen Tötung der ohne Halsband und Steuermarke herumlaufenden Hunde hält sich jedoch die Polizeiverwaltung ohne weiteres noch nicht für berechtigt, will jedoch eine verschärfte Kontrolle zur Durchführung bringen.

Segeberg. Ein großer Waldbrand wütete am Sonntag im Buchholz. Mehrere Segeberger, die beim Bickbeerenpflücken waren, versuchten das Feuer zu löschen. Ihre Bemühungen waren aber vergeblich, da der Brand sich infolge der Trockenheit und des Windes mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Es wurde ein großer Komplex vernichtet. Die Feuerwehren der Umgegend griffen bei der Bekämpfung des Brandes tatkräftig ein. Man vermutet, daß das Feuer von Ausflüglern aus Neumünster verursacht worden ist, die im Walde abgekocht haben.

Hamburg. Erstickter blinder Passagier. Montag kam der Dampfer „Herma", der als Wochenboot zwischen Hamburg und Gottenburg verkehrt, im hiesigen Hafen an. Als am Dienstag die Entlöschung des Dampfers beginnen sollte und die Luke 2 geöffnet wurde, fand man oben auf der Holzladung einen toten Mann liegen, der Papiere auf den Namen eines schwedischen Heizers Emil Andersen bei sich hatte. Es handelt sich um einen blinden Passagier, der im Raum erstickt ist.

Flensburg. Feierschichten auf der Werft. Die Krise auf den Werften beginnt leider auch hier ihre Schatten voraus zu werfen. Dem Betriebsrat der Werft wurde von der Direktion eröffnet, daß die Gießerei zunächst nur an vier Tagen der Woche arbeiten könne. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß noch weitere Gruppen von den Feierschichten betroffen würden. Von den Feierschichten werden zunächst ca. 60 Mann betroffen.

Wilhelmshaven. Schiebungen mit Heeresgut. Vor der Strafkammer in Wilhelmshaven hatten sich dieser Tage der Werftverwaltungssekretär Reffle und der Kaufmann Böhmer zu verantworten. Reffle hatte den Absatz von Altmaterial der Wilhelmshavener Reichswerft zu erledigen, Böhmer ist als Käufer größerer Mengen solchen Materials anzusehen. Um bei der Sache günstig zu fahren, bestach Böhmer den Reffle mit 65 000 M., wofür dann dieser dem Hamburger Großhändler auch gefällig war. Reffle erhielt zwei Jahre, Böhmer 1½ Jahre Gefängnis. Gegen Hinterlegung von einer Million Mark wurde der letztere vorläufig auf freiem Fuß belassen. Der Werdegang Böhmers ist für unsere Zeit typisch. Dieser arbeitete noch kurz vor dem Kriege als Kellner und abwechselnd als Tischlergeselle. Während des Krieges fing er dann einen Handel mit Schiffsmaterial an und kaufte schließlich vier volle Schiffsladungen aus den Beständen der zugrundegegangenen Reichsmarine. Obwohl ein wesentlicher Teil dieses Materials beschlagnahmt wurde, konnte Böhmer jetzt doch eine Kaution von einer Million Mark hinterlegen!

Oldenburg i. H. Schwere Ausschreitungen ereigneten sich hier am Freitag abend. Ein Teil der Arbeiter des Kreistorfwerkes (etwa 100 Mann), von denen zwei am Donnerstag abend mit dem Wirt eines hiesigen Lokals und Teilnehmern eines dort stattfindenden Festes in Streit geraten waren, wobei sie den kürzeren gezogen hatten, zogen geschlossen heran, um „Abrechnung zu halten". Die Ortspolizei stellte sich dem Trupp, der zwar keine Waffen führte, aber Steine und Knüppel als Wurfgeschosse verwandte, gegenüber und machte von ihren Schußwaffen Gebrauch. Fünf Schwerverletzte, wovon deren drei gestorben, und vier Leichtverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Dieser überaus traurige Vorfall zeigt wiederum mit aller erschreckenden Deutlichkeit, wie gewerkschaftlich und politisch unorganisierte Arbeiter von einzelnen unverantwortlichen Hetzern mißbraucht werden und wie diese Sonderlage an der Arbeiterbewegung nicht nur mit den Interessen der Arbeiter, sondern sogar mit ihrem Leben Schindluder treiben, es selber aber stets verstehen, sich „im Trocknen" zu halten. Wären diese Arbeiter ihrer Berufsorganisation beigetreten bezw. treu geblieben und hätten deren verantwortungsbewußten Führern fest vertraut, wäre sicher kein kostbares Arbeiterblut geflossen. Aber auch die hiesige Polizeibehörde hätte besser getan, da ihr die Unzufriedenheit auf dem Kreistorfwerk bekannt sein mußte, wenn sie sich der Vermittlung durch die Gewerkschaften rechtzeitig bedient hätte. Der Polizeibehörde muß dringend empfohlen werden, das „schneidige Vorgehen" des hiesigen Polizeiwachtmeisters Fl. einmal mit Nachdruck auf jene Leute hinzulenken, die fast Nacht für Nacht in hiesigen Lokalen herumschlemmen, ohne sich auch nur im geringsten um die Polizeistunde zu kümmern.

Gewerkschaftskonferenz in Hamburg.

2. Tag.

Genosse Ehrenteit eröffnet die Sitzung um 8½ Uhr. Die Tagesordnung wird fortgesetzt beim Punkt 6, dem Referat des Genossen Biedermann, Hamburg, über:

Friedensbedingungen und Gewerkschaften.

„Das von mir am 14. Juni in Hamburg gehaltene Referat gleichen Themas hat eine Erregung verursacht, die weder bei Arbeitnehmern noch bei Arbeitgebern berechtigt ist, da beide Teile von durchaus falschen Voraussetzungen ausgehen. Diese liegen aber darin, daß alle Arbeitervertreter der Unterzeichnung des Friedensvertrages zugestimmt haben, ebenso ihre Einwilligung zur Unterschrift des Londoner Ultimatums gaben. Tatsache ist also, daß wir die Bedingungen, die ein Teil des Völkerrechts geworden sind, zu erfüllen gewillt sind. Diese Feststellung hindert aber nicht, für die Revision des Vertrages einzutreten. Es ist bekannt, daß durch die bestehenden Bestimmungen unser Wirtschaftsleben stark beeinflußt wird. Kohlenabkommen, Handels- und Finanzverpflichtungen sind die drei großen Abschnitte des zu Erfüllenden. Die Ausführungen haben mit unserer grundsätzlichen Stellungnahme absolut nichts zu tun, doch ist es unsere Pflicht, die Dinge, die in der Welt vor sich gehen, zu erörtern, um uns Klarheit zu verschaffen.

Durch die am Rhein bestehenden Sanktionen sind bis heute etwa 550 000 Menschen erwerbslos und 200 000 zu Kurzarbeitern geworden. Die Entente beabsichtigt ferner, zur Ueberwachung der gesamten Einnahmen des Reiches eine Kommission einzusetzen, die vor allen Dingen darauf sehen wird, daß in erster Linie die Reparationskosten von uns bestritten werden. Von den jährlichen Abgaben in Goldmark, beginnend mit 3½ Milliarden und in 30 Jahren steigend bis auf 7½ Milliarden, wird ein Teil in festen Abgaben, der Rest durch unsere Ausfuhr aufgebracht werden müssen. Das bedeutet eine völlige Umstellung unserer, wie auch der Weltwirtschaft, da schon heute zu erkennen ist, daß wir bei dem herrschenden System aus der Krise nicht herauskommen. Deutschland ist heute wirtschaftlich bedrängt und außerstande, infolge der Weltmarktlage, durch seine Ausfuhr die eigenen Ernährungsmöglichkeiten im Lande ausnutzen, so daß der Ruf ertönt, es gebe zu viel Deutsche im Reich. Der Friedensvertrag verlangt also von uns die Leistung von Lieferungen ohne jede Gegenleistungen. Er ähnelt den Verträgen der früheren Zeit, in der unterlegenen Völker eine bestimmte Menge an Schätzen — Tribut — zu zahlen hatten. Wie nachteilig das auf die gesamte Weltwirtschaft wirken wird, geht auch schon daraus hervor, daß bei unserer heutigen Wirtschaftsweise der beste Erzeuger zugleich der beste Verbraucher ist. Wie nun die deutschen Verpflichtungen erfüllen? Das deutsche Volksvermögen wurde auf 350 Milliarden geschätzt; es ist durch den Krieg und seine Folgen auf etwa 200 Milliarden zusammengeschmolzen. Nach Berechnung bedeutender Volkswirtschaftler würde die Belastung des einzelnen zur Erfüllung der deutschen Verpflichtung etwa 16 bis 18 Prozent des Einkommens pro Jahr ausmachen. Der nächstliegende Weg wäre die Wegnahme großer Kapitalien, der aber deshalb kaum gangbar sein wird, weil die angegebenen Werte größtenteils fiktiver Natur oder Persönlichkeitswerte sind (Grund und Boden, Gebäude, Versicherungswerte). Der zweite Weg wäre der der Besteuerung des Einkommens; da aber das Arbeiten unter einer solchen Besteuerung unmöglich ist, weil sie eine weitere Verelendung, Aushungerung, Volksverminderung und damit Unmöglichkeit der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen mit sich bringen würde, ist auch dieser Weg nicht gangbar. Der Weg der Wegsteuerung der großen Vermögen, etwa bis zur Gleichstellung mit dem durchschnittlichen Einkommen eines Arbeiters, würde die sechzehn- bis achtzehnprozentige Einzelbelastung nur um etwa 2 % verringern. Ein kleiner Fortschritt wäre allerdings die Einschränkung des Luxuskonsums, und zwar ganz besonders, soweit es sich um ausländische Erzeugnisse handelt. Zur Illustrierung des drohenden Luxuskonsums sei noch darauf hingewiesen, daß sich innerhalb der Zollgrenze am Rhein Läger von solchen Waren gebildet haben, die Deutschland für drei bis vier Jahre versorgen könnten. Der einzige Weg zur Erfüllung der Verpflichtungen wäre, nur das Einkommen und damit die Erzeugung trotz aller Erschwerungen so zu steigern, daß die 16- bis 18prozentige Einzelbelastung davon gezahlt werden kann. Selbstverständlich scheidet vom Standpunkt der Gewerkschaften der Weg der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. Das Unternehmertum mag uns solche Verschlechterungen aufzwingen wollen; die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften werden sich dagegen zu verteidigen wissen. Zur Steigerung der Produktion wird man uns aber, trotz allen Sträubens die Märkte der ganzen Welt öffnen müssen. Für die Gewerkschaften besteht aber die ernste Aufgabe, die Massen auf weitere schwerwiegende Folgen hinzuweisen. Wir werden uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Entente sich tiefe Eingriffe auf dem Gebiete der Sozialpolitik herausnehmen wird. Man muß auf diesem Gebiete mit einer rückläufigen Bewegung rechnen. In erster Linie trifft dies für unser Arbeitslosenproblem zu. In den Ententeländern kennt man keine Arbeitslosenunterstützung. Ob man uns nicht eines Tages auch nahelegen wird, dieselbe in der jetzigen Form umzustellen, bedarf ernster Erwägungen. Es muß also baldigst daran gegangen werden, die Unterstützung in eine Erwerbslosenversicherung umzuwandeln. Ein anderer Gedankengang ist der der Einführung eines Arbeitsdienstjahres, ähnlich der früheren militärischen Dienstpflicht. Des weiteren wird der Gedanke der Ableistung einer 9. und 10. Arbeitsstunde trotz aller Ablehnung erwogen werden müssen. Völlig undiskutabel sind diese Maßnahmen für uns jedoch, solange noch ein Erwerbsloser oder Kurzarbeiter auf der Straße liegt. In diesem Zusammenhang muß aber auch festgestellt werden, daß heute bereits in einer großen Zahl von Betrieben die Arbeiter Ueberschichten leisten. Der Ertrag der neunten und zehnten Arbeitsstunde und des Dienstjahres soll natürlich nicht dem Unternehmertum, sondern ausschließlich dem Staate zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zugute kommen. Als Folge des Ultimatums wird zweifellos ein anderes Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft eintreten. Bisher ging der Kampf gegenseitig um den Mehrwert der Produktion. Die Arbeiterschaft suchte ihr Einkommen auf Kosten des Unternehmergewinnes zu vermehren, und umgekehrt der Unternehmer seinen Gewinnanteil auf Kosten der Arbeiterlöhne. Zukünftig fließt aber der Mehrwert ohne Gegenleistung ins Ausland. Zur Erhaltung der Wirtschaft werden demzufolge beide Teile gezwungen sein, in manchen Fragen gemeinsame Interessenwege zu gehen. Alles hysterische Geschrei über die Arbeitsgemeinschaften wird nicht darüber hinweghelfen, daß wir dieselben, falls sie heute noch nicht beständen, durch das Ultimatum bestimmt einzugehen genötigt wären. Bei den schweren Lasten können wir uns einfach das Gegeneinandertoben nicht leisten. Unsere Aufgabe ist es aber, den Gewerkschaften zu berichten von dem, was in der Wirtschaft vorgeht, um im gegebenen Augenblick gerüstet zu sein." (Beifall.)

Vor der Aussprache weist Ehrenteit darauf hin, daß das Referat des Genossen Biedermann in der nächsten Zeit mehr im Vordergrunde der gewerkschaftlichen Diskussion stehen muß. Die Konferenz dient dieser Arbeit am besten durch sachliche Behandlung des Vortrages.

Sonnenschmidt-Hamburg: Die Auffassung über Deutschlands wirtschaftlichen Fortbestand muß ausgehen vom Gedanken der weitmöglichsten Erfüllung des Friedensvertrages. Das schließt nicht aus, auf internationalem Wege eine Revision des Vertrages zu erzielen.

Wahlgren-Geesthacht: Es ist fraglich, ob die Unterzeichnung des Friedensvertrages richtig war. In der Unmöglichkeit der Erfüllung sind wir alle einig, nicht einig aber in der Anschauung, durch indirekte Steuern Deutschlands Finanznöte zu beheben. Wir glauben nicht, daß sich die Arbeiterschaft der Ententeländer eine Ueberschwemmung des Weltmarktes mit deutschen Waren gefallen lassen werde. Eine Verbindung mit Rußland hätte Deutschland ein gutes Stück aus dem Elend gebracht.

Kluß-Hamburg: Es ist von Nachteil für unsere Gewerkschaften, die Schulung auf volkswirtschaftlichem Gebiete vernachlässigt zu haben. Entgegen Biedermann muß gesagt werden, daß heute bereits wieder Kreditwirtschaft besteht. Eine Gefahr für die Gewerkschaften liegt in der Unterschätzung der Erwerbslosenfrage. Bei der heutigen Lage der Arbeiter ist die Einführung des Dienstjahres eine äußerst schwierige Aufgabe.

Haage-Eckernförde: Die Entente wird mit ihrem Friedensvertrag das Gegenteil erreichen. Es ist internationale Aufgabe, den Vertrag zu revidieren. Während bei dem Dienstjahr der Ertrag dem Staat voll zukommt, ist diese Garantie bei der neunten und zehnten Arbeitsstunde nicht gegeben.

Hubert-Osnabrück: Unsere Gewerkschaften dürfen auf keinen Fall den verlängerten Arbeitstag propagieren. Von Erziehung unserer Jugend durch das Dienstjahr sollte man lieber nicht reden.

Ehrenteit: Die Gewerkschaftsleitung in Hamburg steht fest auf dem Boden des Achtstundentages und hat das anläßlich der beabsichtigten Demonstration des Bürgerbundes für dessen Beseitigung bewiesen. Wir sind jedoch verpflichtet, die Augen vor den Tatsachen nicht zu verschließen.

Stolte-Hamburg: Es ist nicht notwendig, bei der erforderlichen Umstellung der Industrie zur Verlängerung der Arbeitszeit zu kommen. Eine Stellungnahme zu den Fragen ist trotzdem geboten.

Schlodtmann-Schwerin: Wir müssen uns hüten, bei der Betrachtung der Volkswirtschaft ins privatwirtschaftliche Gebiet zu geraten, wie es auch bei Biedermann der Fall war. Wenn

man vermeint, nicht die Kraft zu haben, um die Privatwirtschaft abzulösen, tritt auch keine Aenderung der Verhältnisse ein. Alle Auswege aus dem Dilemma drücken am schwersten die arbeitende Bevölkerung.

Thormann-Hamburg: Eine Propaganda für die Verlängerung der Arbeitszeit liegt nicht in unserem Interesse. Wir sollen versuchen, die acht Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auch genossenschaftlich zusammenzufassen.

Der Vorsitzende verliest eine Resolution des Bureaus, „die eine Beeinträchtigung der Sozialpolitik als Folge des Ultimatums ablehnt und deren internationalen Ausbau fordert. Die in Unternehmerkreisen herrschenden Bestrebungen zur Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres sind nur dann für die deutsche Arbeitnehmerschaft diskutabel, wenn Garantien gegeben werden, daß alle Bevölkerungsschichten, also auch diejenigen Kreise, die im Produktionsprozesse sonst nicht tätig sind, gleichmäßig zu einer solchen Pflicht herangezogen werden und die Möglichkeit der Ueberwachung dieser durch die Arbeitnehmerschaft gegeben sein wird. Sie lehnt die Erörterung der Mehrarbeitsstunden ab, solange es noch Kurzarbeiter und Erwerbslose gibt, und fordert gesetzliche Regelung des Achtstundentages für dauernd, ferner internationale Ausdehnung, und sagt allen gegenteiligen Betätigungen schärfsten Kampf an."

Pentins-Uetersen: Es zeugt von zu niedriger Einschätzung unserer Arbeitskraft, wenn Tatsache ist, daß deutsche Kohle in England für den vierten Teil des dortigen Preises angeboten wird.

Drescher-Bremerhaven: Die Krise der Weltwirtschaft liegt in der Verteilung der Güter, die im Ueberfluß vorhanden sind. Eine Abstellung der durch dieses System entstehenden Mißstände wird erreicht durch Beseitigung der Geldwirtschaft. Wir müssen fest auf dem Boden des Achtstundentages stehen. Voraussetzung für Einführung des Dienstjahres ist die Macht der Arbeiter, die heute noch nicht ausreicht, das Dienstjahr nicht zu einer Militarisierung der Jugend werden zu lassen.

Vom Genossen Hubert-Osnabrück ist eine Resolution eingebracht, die im Gegensatz zu der ersten sich scharf gegen die verlängerte Arbeitszeit und das Dienstjahr überhaupt richtet.

Genosse Graßmann-Berlin wendet sich gegen diese Entschließung.

Genosse Baker beantragt Einsetzung einer Redaktionskommission, die eine Resolution abzufassen hat.

Der Antrag wird angenommen, doch nicht ausgeführt, und die Konferenz wird bei der herrschenden Meinungsverschiedenheit nach dem Schlußwort des Referenten ihre Stellungnahme kundgeben. Beide Resolutionen werden zurückgezogen.

In seinem Schlußwort führt Genosse Bindermann an, daß die Konferenz die Tendenz seines Referats durchaus nicht verstanden hätte. Es ist die Pflicht der Gewerkschaften, da die betreffenden Fragen in aller Oeffentlichkeit von allen Wirtschaftskreisen erwogen werden, auch rechtzeitig sich über die Lage der Dinge zu informieren, um nicht den Anschluß zu verpassen. Den Genossen Wahlgren und Bruhn muß erwidert werden, daß auf die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeiterklasse auf keinen Fall vorderasiatische Bestrebungen übertragen werden können. Das Privatkapital ist noch lange nicht am Ende seines Wirkens angelangt, und solange die Arbeiterklasse der Ententeländer ihre Regierungen in der Erfüllung des Friedensvertrages unterstützen, ist auch an eine Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaft nicht zu denken. Wir müssen überall für unsere sozialistischen Gedankengänge werben, um den individualistischen Bestrebungen der Welt gewachsen zu sein. Es trifft durchaus zu, daß durch die genossenschaftliche Organisierung der in Deutschland befindlichen acht Millionen Gewerkschafter dem Privatkapital eine fühlbare Bresche geschlagen werden könnte. Zur Frage der verlängerten Arbeitszeit ist beachtenswert, daß der neueste Konkurrent auf dem Weltmarkte, Japan, bei sich eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden eingeführt hat, um sich unter allen Umständen den Weltmarkt zu erobern. Klar sein müssen wir darüber, daß Deutschland, und besonders seine Arbeiterschaft als Träger der Wirtschaft, bei Erfüllung der Bedingungen, ganz gleich nach welchen Gesichtspunkten, am schwersten getroffen ist.

Genosse Ehrenteit erklärt dann, daß die Konferenz der Frage der neun- und zehnstündigen Arbeitszeit ablehnend gegenüberstehe, ebenso wie dem Dienstjahre. Anerkannt wird die Pflicht der einzelnen Ortsausschüsse, sich mit den im Referat aufgeworfenen Fragen eingehend zu beschäftigen. Der Kongreß steht nicht auf dem Standpunkt, daß durch die Erfüllung der Friedensbedingungen eine Einschränkung der Sozialgesetzgebung erfolgen darf. Pflicht des ADGB. und der Afa muß es sein, für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung unter allen Umständen Sorge zu tragen. Wir werden unter entschiedenster Wahrung der Interessen der Erwerbslosen Kurzarbeiter nicht am Achtstundentag rütteln lassen und werden jede diesem entgegengerichtete Bestrebung als Kampfansage betrachten, zu deren Abwehr wir uns mit allen Mitteln einzusetzen bereit sind. Die Konferenz weist auf die schweren Erschütterungen eines solchen Wirtschaftskampfes unter den obwaltenden Umständen hin, und muß schon heute die Verantwortung dafür ablehnen, die jenen Kreisen zufällt, von denen versucht wird, die Errungenschaften der Revolution zu beseitigen. Wir haben andererseits die Pflicht, unsere Genossen auf den Ernst der Lage hinzuweisen und ihnen zuzurufen: Seid bereit, um den gegebenen Parolen eurer Gewerkschaftsführer zu folgen! (Lebhafte Zustimmung.)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung weist Ehrenteit auf die Wichtigkeit der Zusammenfassung der Ortsausschüsse hin. Da der Bundesvorstand bereits beschlossen hat, zur Bildung von Landesorganisationen die Ortsausschüsse aufzufordern, erübrigt sich eine weitere Debatte und die Konferenz geht zu dem letzten Gegenstand der Verhandlungen über. Nach kurzen Worten des Vorsitzenden, in denen er auf die Wichtigkeit in bezug auf die demnächst zu bildenden Bezirkswirtschaftsräte hinweist, wird ein vorläufiger Aktionsausschuß zur Erledigung dieser Frage gewählt. Dem Ausschuß gehören an: Sommer (Bremen), Dreger (Lübeck), Kleinert (Rostock), Ehlers (Kiel), Bock (Hannover), Decker (Stettin), Bolzer (Oldenburg), Andresen (Hamburg) und Ehrenteit (Hamburg).

Ein Antrag Baker, die Erwerbslosen betreffend, wird dem Aktionsausschuß überwiesen. Ebenso ein Antrag Vloen, der für Verbilligung der Milch und Butter eintritt. Abgelehnt wird nach kurzer, erregter Debatte ein Antrag Wolf-Flensburg, die Ortsausschüsse anzuweisen, Sammellisten der VKPD. für die Opfer des Märzputsches aufzulegen.

Nach einem Schlußwort Ehrenteits wird die Konferenz mit einem Hoch auf die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Aus aller Welt.

Verzweiflungstat eines Lehrers. Nach einer Blättermeldung aus Erfurt hat der 43 Jahre alte Lehrer Emil Lembke seine Frau und seinen 18jährigen Sohn mit dem Hammer erschlagen und sich dann durch Erhängen das Leben genommen, weil er seine Familie nicht mehr ernähren zu können glaubte.

Verhaftung einer großen Falschmünzerbande. Der Düsseldorfer Kriminalpolizei ist es gelungen, eine große Falschmünzerbande, die in Westdeutschland und Holland ihr Unwesen trieb, zu verhaften. Die Bande war seit 1919 tätig und war zuletzt in Düsseldorf und München-Gladbach. Dann wurde der Sitz nach Köln verlegt, wo über 11 Falschmünzerwerkstätten ermittelt wurden. Führer war der angebliche Kaufmann Johann Classen aus Köln. Als man ein anderes Mitglied der Bande, den Arbeiter Ludwig Crell, verhaftete, gestand dieser, vor 12 Jahren in Köln-Mühlheim das Dienstmädchen Anna Neubauer ermordet zu haben. Ueber 100 Personen dieser Bande wurden verhaftet. In den Werkstätten zu Düsseldorf, Köln, München-Gladbach wurde das gesamte Falschmünzermaterial beschlagnahmt, außerdem für 400 000 Mark falsche 50-Mark-Scheine und Einkommensteuermarken. Die Bande hatte Millionen in den Verkehr gebracht, darunter auch falsche holländische Gulden. Die Polizei konnte sämtliche zur Herstellung des falschen Geldes dienenden Maschinen in Düsseldorf, Köln und München-Gladbach beschlagnahmen.

Marktboykott durch Landwirte und Händler. Aus Köln wird gedrahtet: Nachdem der Rheinische Bauernverein die Landwirte aufgefordert hatte, den Kölner Markt wegen der unhaltbaren Marktverhältnisse — Bauern und Züchter waren wiederholt wegen Ueberschreitung der Richtpreise vom Wuchergericht bestraft worden — nicht mehr zu beschicken, waren die Landwirte aus der Umgegend dem Markt ferngeblieben. — In Mainz warnten das Gewerkschaftskartell und die Bürgermeisterei die Landwirte und Händler vor wucherischen Obst- und Gemüsepreisen. Auf die Warnung hin haben die Händler den städtischen Wochenmarkt boykottiert.

Ein Ozeanflieger abgestürzt. Wie Havas aus London meldet, stürzte der australische Flieger Harry Hawker, der als Erster die Ueberfliegung des Atlantischen Ozeans ohne Zwischenlandung von den Vereinigten Staaten nach England versuchte, und dem das fast ohne Zwischenfall gelang, tödlich ab, als er sich über dem Hendon bei London befand. Das Flugzeug war in Brand geraten.

Das frühere Zeppelinluftschiff „Nordstern", das eine Fahrt über Paris unternehmen sollte, um den Mitgliedern des Ministeriums für Luftschiffahrt und anderen politischen Persönlichkeiten Gelegenheit zu geben, seine Einrichtungen zu studieren, ist beim Verlassen der Luftschiffhalle beschädigt worden. Die Soldaten, die den Zeppelin, der jetzt den Namen „Zodiac" hat, aus der Halle herausziehen wollten, konnten das Schiff nicht dirigieren. Es wurde gegen die Wand der Halle gedrückt und es entstand ein mehrere Meter langer Riß in der Hülle. Als das Luftschiff wieder in die Halle zurückgebracht wurde, stellten sich noch andere Beschädigungen heraus. Die Verbindungsteile einer der Gondeln waren zerrissen, einige Teile der Konstruktion gebrochen. Vor acht Tagen ist etwas Aehnliches in England passiert, nur daß dort das ganze Schiff zerstört wurde. Es genügt nicht, deutsche Luftschiffe zu erhalten, man muß sie auch zu lenken verstehen, bemerkt eine Zeitung melancholisch.

Die Hitze in Westeuropa und Amerika. Die Trockenheit in Holland ist so groß, daß die Schiffahrt fast vollständig darniederliegt. In England übersteigt die Hitze alles bisher Dagewesene. In Neuyork sind viele Personen infolge der Hitze gestorben. Nun ist ein Witterungsumschwung eingetreten. In der Pfalz und in Nordbayern muß angeblich infolge der dort herrschenden großen Dürre der Viehbestand zu Schleuderpreisen abgestoßen werden. Durch eine Feuersbrunst in dem jütländischen Dorfe Vinstrup sind fünf Bauerngehöfte und acht Nebengehöfte sowie die Schule des Ortes vernichtet. Mehrere Personen erlitten schwere Brandwunden. Im nördlichen Jütland bei Herning ist infolge der Dürre ein großer Heidebrand ausgebrochen, von dem mehrere Dörfer schwer bedroht werden.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 11. Juli starb unser treuer Kollege

Joh. Törper.

Ehre seinem Andenken!
Beerdigung Freitag 2¼ Uhr Vorwerker Friedhof. (4087
5. Bezirk.
Die Ortsverwaltung.

Jg. Kaninchen z. v. (4046 Obertrave 36, I.

Zu verk. e. 8fl. Gasherd. 4033) Segebergstr. 26.

G. erh. Kinderst., 80, z. v. 4032) Westhoffstr. 8, p.

60 Ferkel und 10 Zugänger sind billig zu verkaufen. J. Klüwer, 4041) Schwart. Allee 133.

Freitag, Sonnabend die letzten Tage vom billigen Ausverkauf. 4035
Kaufen Sie jetzt.
Hermann Liebnau
Schwartauer Allee 53.

Schneiderin, in u. außer dem Hause, empfiehlt sich 4039) Buschkiststr. 28, p.

Preiswerte Möbel!
ab Lager, kein Laden. Schlafz., reizd. Modelle 2100.—, 4200.—, Eichen fourn. 4200.—, 9000.— Neue Auswahl in Küchen, 625.-, 1075.-, einzelne Betten mit Matratzen, Kleiderschränke, Vertik., Spieg., Stühle, Chaiselong., Sofas in reich. Auswahl, Federbetten, Bettfed. nur in Ia. Qualitäten. Abwaschen, Ausziehtische, Eßzimmer, Büfett billig. Komplette, hochmod. Eßzimmer, sehr preisw.
Möbel- und Bettenhaus Heine.
Depenau 8. (4047

Ladenlokal
(Mitte der Stadt) zu mieten gesucht.
Ang. u. C. F. M. a. d. Exp. ds. Blattes.

Enorm billiges Angebot!
Wir empfehlen:
Bettbezüge 6 Meter, weiß 72.— 58.80 53.40
Bettbezüge 6 m, farbig 84.— 82.50 75.00
Damastbezüge 4 m 154.- 144.- 136.00
Bettlaken 2 m, prima Ware 88.— 84.— 39.50
Hemdentuche Meter 9.80 8.90 7.90
Schürzenstoffe 120 cm br., Mtr. 22.— 19.50
Beachten Sie bitte unser Schaufenster!
Walter Griephan & Co.
Lübeck, Hüxstraße 74. (4040

Im Ausverkauf!
Hemdentuche 8.80, 7.80, 6.25
Steppdecken 8.80, 7.95, 6.50
Gerstenkorn-Handtuch v. 4.75 an
Schürzenstoffe von 9.75 an
Auf alle nicht ermäßigten Waren (4034
10% Rabatt.
Heinrich Renck
Brackesstraße 25.

Zur Mühle
Beckergrube 61.
Futtererbsen Pfd. 1.80
feinste Haferflocken Pfd. 2.80
feinst. Kartoffelmehl „ 3.50
feinst. Maiskernpuder „ 3.50
Buchweizengrütze „ 4.20
Reismehl, fein u. grob Pfd. 2.80—3.00
weißer Grieß „ 2.90
weißes Kuchenbackmehl Pfd. 2.90
Gerstengrütze u. Graupen
4048) Pfd. 2.80—2.90
Mischobst Pfd. 3.50

Klingelfee!!
die beste 30-₰-Zigarette (Handarb.)
Generalvertrieb G. Grundmann
Zigar.-Großh. Schüsselbuden 32. (4051

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Der Puppendoktor
heilt jede kranke Puppe.
4026) B. Hertel, Hüxstr. 74

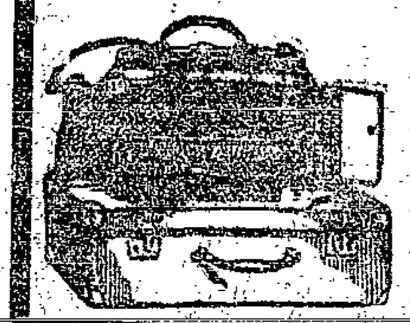
Fortsetzung der Geschäftlichen Rundschau von Lübeck. ◆◆ C.

Hotel Stadt Hamburg,
Lübeck.

Weißer Engel
Endstation der Straßenbahn-Linie 1.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Uhren-Henke,
Gr. Burgstr. 51. Anerkannt vorteilh. Bezugsquelle für Uhren, Gold- u. Silberw., sowie Trauringe. Fachm. Ausführung auch schwieriger Repar. in eig. Werkst.

B. Dittmer, Schuhbesohlanstalt, Fünfhausen Nr. 7


Billige Bezugsquelle in echten Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln
F. Fränkel,
Breite Str. 35 und Hüxstr. 4

Elektrische Artikel aller Art preiswert i. Spezialhaus „ELEKTRA", Tel. 3230, Königstraße 62.

Alfons Helle
Dankwartsgrube 40.
Werkstatt f. Holzmalerei und Möbellackierung.

Franz Wehrendt,
Balauerfohr 35, Tel. 8943
An- u. Verk. sämtl. Kleid., Wäsche, Fußzeug, Bett.

Frau F. Jacobson,
Glockengießerstraße 44.

Margarete Rabe, Putzgesch.
Mühlenbrücke 2.

J. Baurenfeind,
Schuhw., Mühlenstr. 34.

Friedr. Michael
Gartensämereien,
Breite Str. 33, Tel. 2014.

Wolle spinnt und färbt H. BÖSSEL, nur Hüxstraße 37.

C. G. Torkuhl, Fünfhausen 12. Wäsche, Aussteuer- u. Herrenartikel.

R. Kössling, Königstr. 121, Tel. 2427. Seilerwar., Ang.-Ger., Fischm.

E. Steen, Wahmstraße 58
Öfen u. Herde, Buntes Tongeschirr.

Fr. Rempke, Königstr. 128, Tel. 3518, Fahrr. Karbidl., Wringm.

Adolf Hube,
Anfert. ff. Herrengarderobe
Königstr. 48a.

Färberei Karstadt & Laurisch
Geniner Straße 46, Telephon 1158.
Chemische Reinigung — Teppichklopfwerk.
Läden: Holstenstraße 14, Beckergrube 31, Breite Straße 85/87, Fackenburger Allee 11 und 72.

F. W. Tietz, Pelzerstr. 24, Fernsprecher 945.
Brennmaterialien * Transporte aller Art.

Karl Kleinfeld, Bahnhofsstraße 3.
Reiseandenken und Reiselektüre, Papiergeschäft.

Johannisstr. 14
Pianos
Hausmann
Stimmen Reparaturen.

Carl Topp Inh. Gg. Jürß, Marlesgr. 34, Antiquitäten-Haus.

C. Grimm Nachf.
Schlumacherstraße 6.
Leder — Schäftestepper.
Zubehörartikel. T. 2029.

Dentist R. Düffer,
Breitestraße 44 II.

E. Lüthge, Johannisstr. 43 I, Damen-Frisier-Salon.

Br. Drümmer, Packenb. Allee 64, Fahrrdhdl. u. Rep.-Wkst.

Bettenhaus Karstadt
Holstenstraße.

Färberei Reimers,
Fischergrube 50.

J. Krause, Inh. O. Krause, Fleischhauerstraße 5. Photo-Artikel.

Photo-Atelier Lubeca
Tel. 3121, Breitestr. 13.

A. Brückhammer, Königstr. 33. Buchbind. Rep. u. Fb. v. Handt.

J. Wulf, Kohlen-, Holz- u. Kartoffelhdlg.
Dornestr. 19-19a. T. 2226.

F. W. Lichtenstein,
Barbier, Gr. Burgstr. 11
Flechten, Haubennetze.

Gustav Pütter, Uhrmacher, Lindenstr. 46, E. Meierstr.

J. Gramckow,
Schuhwarenh. Beckergr. 23

Otto Gattermann, Ingenieur, Balauerfohr 17.
Inhaber der Lübecker Metallwarenfabrik.

◆◆◆◆◆ Schwartau ◆◆◆◆◆

Zigarren, Zigarretten, Rauchtabak in all. Preisl., nur erste Fabrik., Zigarren-Spezialhaus Georg J. F. Schmidt, Bahnhofstr. 2, Endstat. der Straßenbahn. * Marktpavillon: Schokolade, Konfitüren, Zigarren, Zigaretten, Reiseandenken.

Kurhaus Schwartau, Hotel und Restaurant I. Ranges, anerkannt vorzügliche Küche * Sool-, Moor- und med. Bäder im Hause

Waldhalle: Tägl. Konzert
Beliebter Ausflugsort der Lübecker.

Geertz Hotel, am Riesebusch. Jed. Sonntag: Konzert.
Riesebuschhalle: Tanzkränzchen.

Hotel Lübecker Hof, am Markt :: Tel. 1066.

Hotel Kronprinz
Tel. 1257 :: Vereinslokal mit Saal und Kegelbahn

Aug. Hartkopf, Lübecker Straße 16 Tel. 3542 :: Kohlen, Koks, Stroh, Häcksel :: Gegründet 1885

W. Wiencke, Lübeck. Str. 4, Tel. 2442. Autorep. Fahrräder, Nähmasch.

Herm. Schwaberow
Zahnpraxis

Anna Martin
Putz- und Modewaren.

Kaffeegarten Schwarz
vorm. Rogall,
Am Riesebusch.

Kauft bei den in der Geschäftlichen Rundschau inserierenden Firmen

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel-Restaurant
J. Weidenfeller, Lübeck, Obertrave 5.
Gute Küche ∽ Zivile Preise ∽ Weinstube.

Oppermanns Bahnhofs-Hotel
Beim Holstentor — Fernruf 8483. Restaurant und Weinstube. Zentralheizung, elektr. Licht.

Restaurant „Zur schwarzen Dohle", Hundestraße 41, empfiehlt Saal u. Klubzimmer f. Versamml. u. Festlichkeiten

Hotel „Drei Ringen", Harry Rubach
Hansastraße 8, Telephon 8478.

Friedrichshof: Mittwochs u. Sonntags **Tanz**

Rest. Everling, Schwart. Allee 69a Saal für Hochzeiten und Vereine. Vorzügliche Küche.

Bernh. Brüggemann, Rest. und Klublokal
Schwart. Allee 14a, Saal, Klubz., Doppelkegelbahn

Café Opera Inh. J. R. Jacob, Ecke Breite Straße u. Beckergrube. Tägl. Künstlerkonzert. Neu eröffnet: Billard-Akademie.

Hansa-Theater, Erste Lustspiel- und Operetten-Bühne, Moislinger Allee 18a, Telephon 610.

Biophon-Theater, Breite Straße 52. Nur die neuesten Schlager. Bevorzugte stadtbekannte Lichtbildbühne.

Stadthallen-Lichtspiele. Größte und vornehmste Lichtspielbühne Lübecks. Aufführg. 4—7 und 7—10 Uhr.

Konfitüren, Lebensm., Drogen usw.

Ludw. Hartwig
Obertrave 4. Fernspr. 377.
ist und bleibt die vorteilhafteste Bezugsquelle
für **Hausfrauen!**

Hansa-Meierei, Fackenburger Allee 59.

Otto Weber, Hansastraße 43a, Telephon 1761.
en gros :: Spezial-Butterhandlung :: en detail.

Willi Nehls Nchf. M. Wallat, Spezialgeschäft feiner Lebens- u. Genußmittel, liefert beste Ware zum billigsten Preis :: Kupferschmiedestr. 6—8.

Joh. Wiegers, Balauerfohr 26/28. Kolonialw., Getreide, Holz- und Kohlenhandlung, Gastwirtschaft.

Paul Ove, W. Sülke Nachfg., Warendorpstr. 25, Fernspr. 8524. Vorteilhafte Einkaufsquelle für Kolonialwaren, Kartoffeln, Feuerung. Handblockwagen stets vorrät.

Heinr. Vorrath, Spezial-Butterhandl. en gros - en detail
Adlerstraße 43, Fernruf 1640.

H. Roßbach, Fackenb. Allee 19b. Spez.-Geschäft für frische u. geräuch. Fische aller Art, Fettw., Kons., Obst. Südfr.

Hans Wede, Schwart. Allee 5, Fernsprecher 1809. Kolonialwaren, Zigarren.

Johannes Koch, Fischergrube 90.
Kolonialwaren, Fettwaren.

H. Faasch, Beckergrube 70, Tel. 8622. Spezialgeschäft für Delikatessen und Fettwaren.

Heinr. Wiegels Nchf. Henry Schwebcke
Kolonial- und Fettwaren, Fischergrube 62.

Friedr. Weingärtner, Johannisstraße 3.
Konfitüren und Delikatessen.

Otto Hinke, Fünfhausen 1. Beste Bezugsquelle für Delikatessen und Fettwaren.

Carl Heese, Obst- und Südfrüchte, Holstenstraße 19.

Carl Schröder Nachfl., Inh. A. Gerdts. Große Burgstraße 7. Kolonialwaren, Konfitüren, Delikatessen.

Otto Baake, Markt 9. Butter, Margarine, Käse.

Filiale Scheere Inh. Hertha Drögmöller Hüxstr. 22/24, Tel. 2568 Fleisch. Wurst, Aufschnitt, Delikatessen u. Fettwaren.

Hans Steffens, Obst-, Gemüse-, Delikat.-Geschäft, Moislinger Allee 34.

Ad. Danielsen, Moisling. Allee 2b. Kolonialwaren, Fettwar. und Delikatessen.

Fischhandlung J. Borgwardt, Kronsf. Allee 29. T. 1109.

Lübecker Marzip.-Vers. Arthur Ritzkowsky, Mühlenstr. 65.

H. Petersen, Schokol. u. Zw.-Grhdl. M.-F. Beckgr. 79. T. 1525.

W. Deichmann, Lebensmittelw. Lindenstr. 55. Tel. 8236.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

C. Lillberg, Hüxstraße 82. Räucherfische, Delikatessen.

Scharnbergs Nachf. Inh. L. Richter, Kohlm. 8, Markt 5. Beste Bezugsqu. für alle Fett- und Wurstwaren.

Heinrich Franck, Wahmstr. 67. Fettwaren.

Konfitüren Herm. Voss, Große Burgstraße 43.

Burg-Drogerie Herm. Röttger, Gr. Burgstr. 44. Tel. 1016 Toiletten-Artikel, Farben, Tapeten.

W. Weichert, Stempel, Türschilder, Gravierungen Beckergrube 15.

Karl Schnoor Wickedestraße 14, Beste Bezugsquelle für Fische u. Delikatessen.

H. Matern, Konfitüren, Delikatess. u. und Fettwaren. Pfaffenstraße 7. Fernspr. 8566.

Heinz Thonys dänisches Lebensm. Mag. Hüxst. 87, T. 8748.

Aug. Carstens, Dornestr. 14a. Delikatess. u. Fettwaren

Otto Schlicke, Drogen u. Kolonialwaren, Fackenb. All. 70.

Wendlandt & Weirich Kolonialw., Tab. u. Zig. Glockgießerst. 16 T. 2414

Johs. Beth, Adlerstr. 86. Vorteilhafte Einkaufsqu. für Gemüse, Obst, Kolon.- u. Fettw.

A. Boht, Fünfhausen 22. Fettwaren best. Qualität.

Drogerie Schultz, Hansastraße 92.

„Zur Glocke" Drogenh., Alb. Westphal, Glockengießerst. 46

Obst • Gemüse Südfrüchte preiswert bei
W. Kock,
Große Burgstr. 18.
Telephon 2024.

M. Grotkopp, Mühlenstr. 18. F. 8256 Kaff.-, Bier- u. Weinstub.

Park-Drogerie, Schulstraße 11 Drogen, Farben, Chemikalien, Haushaltsartikel.

Arth. Haage, Zigarren, Zigaretten Tabak. Beckergrube 81.

A. B. Riggelsen, Tabak, Zigarren Zigaretten. Hüxstr. 38.

Ernst Meyer Dornestr. 8 Tel. 3495 Putz- und Modewaren

Fortuna-Drogerie, Georg Knoop Moislinger Allee 6a. Fernruf 2875.

Drog. Aug. Prösch, Mühlenstr. 29 Tel. 1941 Drogen, Farben, Fußbodenöle, Gummiartikel.

•• Rauchwaren usw. ••

Friedr. Nagel, Markt 14. Zigarren, Zigaretten, Tabake in bekannt guten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Bankhaus Fritz Kiemstedt, Komm. Ges., **Lübeck,** Holstenstr. 5, Telefon 983, 8173. Tel.-Adr.: Nordbank. Reichsbankgirokonto. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte. Geschäftsstelle: **Timmendorfer Strand,** Wolbergstraße 5.

Alwin Karstadt, Dampffärberei, chemische Reinigung. Hauptannahme: Holstenstraße 18. Tel. 111. Fabrik und Kontor: Meierstraße 19. Tel. 818.
Filialen: Hüxterdamm 10, Große Burgstraße 35, Friedenstraße, Ecke Warendorpstraße.

B. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg

Lübeck ab	Hamburg an
6^{00}	7^{40}
7^{40}*	8^{50}
7^{47}	[illegible]
2.—4. Kl.	
9^{40}	11^{08}
11^{05}	12^{30}
2.—4. Kl.	
12^{46}	2^{28}
2^{24}	3^{45}
3^{44}	5^{02}
2.—4. Kl.	
4^{17}	5^{59}
2.—4. Kl.	
7^{16}	8^{24}
7^{22}	9^{00}
8^{16} D	9^{14}
8^{58} S	10^{15}
9^{20}	11^{02}
2.—4. Kl.	

Hamburg ab	Lübeck an
5^{20}	7^{09}
2.—4. Kl.	
7^{05}	8^{51}
2.—4. Kl.	
8^{20}	7^{21}
8^{40} D	9^{37}
10^{17}	11^{54}
2.—4. Kl.	
12^{23}	1^{56}
3^{05} W	4^{12}
3^{30}	5^{10}
2.—4. Kl.	
5^{15}	6^{16}
5^{40}	7^{16}
7^{22}	9^{00}
2.—4. Kl.	
9^{00}	10^{56}
11^{40}	1^{06}

Büchen

Lübeck ab	Büchen an	Büchen ab	Lübeck an
8^{00}	9^{13}	6^{34}	7^{43}
1^{30}	2^{47}	11^{45}	1^{00}
4^{15}*	9^{15}	8^{45}*	1^{29}
5^{30}	6^{52}	3^{27}	4^{42}
9^{12}	10^{34}	7^{22}	8^{40}

* D Berlin-Kiel und zurück.

Kleinen

Lübeck ab	Kleinen an	Kleinen ab	Lübeck an
7^{15}	8^{53}	5^{50}	7^{25}
9^{26} D	10^{28}	9^{02}	10^{57}
9^{42} D	10^{41}	1^{54}	3^{36}
12^{02}	1^{44}	— D	7^{10}
5^{19}	7^{03}	7^{09} D	8^{08}
9^{12}	10^{51}	7^{25}	9^{05}

Eutin

Lübeck ab	Eutin an	Eutin ab	Lübeck an
7^{15}	8^{12}	6^{15}	7^{22}
9^{47}*	10^{45}	8^{23}	9^{18}
12^{13}	1^{09}	12^{24}*	1^{21}
1^{42} D	2^{25}	2^{53}	3^{58}
2^{00}	2^{56}	3^{25} D	4^{12}
7^{21}	8^{20}	7^{23} S	8^{34}
		7^{46}	8^{59}

* Nur bis auf weiteres.

Segeberg

Lübeck ab	Segeberg an	Segeberg ab	Lübeck an
8^{05} W	10^{02}	5^{45} W	7^{08}
10^{30} S	11^{53}	7^{55} S	9^{20}
2^{10} W	3^{35}	10^{32} W	11^{55}
7^{30} W	8^{55}	4^{15} W	6^{15}
9^{20} S	10^{42}	7^{30} S	8^{53}

Travemünde

Lübeck ab	Travemünde Stadt an	Travemünde Strand an	Niendorf an
5^{27} W	6^{01}	—	6^{22}
8^{15}	9^{00}	—	—
9^{41}	10^{08}	10^{13}	10^{38}
1^{35}*	2^{02}	2^{07}	2^{29}
2^{07}	2^{47}	2^{52}	3^{17}
4^{18}	4^{43}	4^{45}	5^{12}
6^{22}	7^{01}	7^{06}	7^{31}
9^{15}	9^{55}	10^{00}	—

Niendorf ab	Travemünde Strand ab	Travemünde Stadt ab	Lübeck an
6^{30} W	6^{50}	6^{55}	7^{34}
11^{00}	11^{25}	11^{30}	12^{10}
1^{20}	1^{40}	1^{45}	2^{17}
2^{44}*	3^{07}	3^{12}	3^{52}
3^{43}**	4^{08}	4^{13}	4^{50}
5^{53}	6^{18}	6^{23}	7^{00}
—	7^{30}*	7^{35}	[illegible]
7^{55}	8^{17}	8^{22}	8^{50}
—	10^{15}	10^{20}	[illegible]

* Nur im Juli und August.
** Travemünde Strand bis Lübeck nur Juni und Sept.

W = Wochentags, S = Sonntags, D = D-Zug.

Zigarrenhaus Burgtor
M. Leismann, Gr. Burgstraße 7, Fernruf 1049. Gute und billige Bezugsquelle für Gesellschaften und Vereine.

Max Wulf, Hansastr. 36, Ecke Meierstraße — Telephon 3581.
Zigarren — Tabak — Zigaretten.

L. Teitelbaum, Schwartauer Allee 99 Ecke Warendorpplatz Billi. Bezugsquelle f. Zigarren, Zigaretten, Tabak.

Chr. Rebien, Schwönekenquerstraße 25. Schuhwaren, sol. Fabrikate Maßarbeit :: Reparaturen all. Art, schnell u. billig.

Haben Sie Schäden an Ihren Fahrraddecken oder -Schläuchen ? So geben Sie dieselben sofort zur Dampf-Vulkanisieranstalt **Hermann Wildhagen, Lübeck, Beckergrube 54, Fernruf 8383.** Schnellste gewissenhafte Ausführung nach dem neuesten Vulkanisierverfahren. Verkauf von Decken und Schläuchen.

Erich Dietz, Bauklempnerei und Installation, Wahmstraße 42. Hartlötarbeit und autog. Schweißung. Fernsprecher 1218.

Fahrrad-Körner, Große Burgstraße 23. Nähmaschinen-Reparaturwerkstatt.

Joh. Voss, Hüxstr. 90. Grüne Sohlen und Absätze, sehr dauerhaft, in einem Tage fertig.

W. Chiffard, Schmiedestraße 21. Vermietung von Reisekoffern und -Taschen. Reparaturwerkstatt.

Willi Malchow Wasch- und Plättanstalt, Glockengießerstraße 40.

O. Dortmund, Fahrräder Nähmaschinen, Fackenburger Allee 1a.

Th. Vedder, Schwartauer Allee 37.
Reparaturwerkst. für Fahrräder u. Nähmaschinen.

Bücherbörse Fischergr. 16. An- u. Verk. v. Büch. all. Art bill.

Schloßbrauerei Kiel Niederlage: Kanalstr. 26

Hansa-Brauerei A.-G.
empfiehlt besteingebraute Biere, hell u. dunkel. Fernruf 161, Fackenburger Allee.

G. Grundmann, Schüsselbuden 32. Tabak-, Zigarren-, Zigaretten-Großhandlung. Verkauf zu Fabrikpreisen, daher beste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer. NB. Verkauf an Wiederverkäufer nur in der Engrosabteilung (Hinterraum).

Zigarrenfabrik Carl Schriever
Schwönekenquerstraße 13.

J. Heinsohn, Nebenhofstraße 6.
Schuh-, Maß- und Reparaturwerkstatt.

Schuh-Buchholtz, Schuh- u. Lederhandlung, Reparaturwerkstatt, Schwart. Allee 4, Gr. Burgstr. 36.

Johs. Meyer, Fahrräder, Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt
Königstraße 51, Telephon 8879.

Gebr. Müter, **Mühlenstraße 13,** Fernsprecher Nr. 427.
Beerdigungs-Institut.

A. Brodersen & Sohn, Beerdigungs-Institut Obere Aegidienstraße 7 Fernruf 1090. Uebernahme all. Beerdigungsangelegenheiten.

Franz Schütt, vorm. Karl Rohde, Hundestr. 64. Gerberei u. Lederhandlg. Lederausschnitt sowie sämtliche Schuhmacherbedarfsartikel.

A. Reinknecht, Marienstraße 5 Mod. Schuhreparaturen.

Ed. Teuteberg, Lederhandlg., Untertrave 67.

Jul. Schulz, Fahrräder, Tel. 8564, Fleischhauerstraße 30.

W. Klüssendorf, Klemp. Mech., Baukl. Hüxst. 116, T. 1159

Glasscheiben aller Art, **Kitt,** Glasschn., Bilderleisten **Bilder-Einrahmungen, Oskar Tauchnitz,** Fleischhstr. 85, Tel. 2808.

Wäscheleinen usw Schellerling & Höpfner, Untertr. 84, Mühlenstr. 6

Nähmaschinenhaus Wilh. Kruse, Hüxstr. 43.

•••••• Brauereien ••••••

Vereinsbrauerei Walkmühle,
H. Lück. Telephon 284. Lagerbier, Pilsener, Porter.

Aktienbierbrauerei.
Lachswehr-Allee 14—20.

Neuer Bierverlag Busch & Co.
mittl. Mengstr. 80, neben dem Schabbelhause, Fernsprecher 1818, empfehlen ihre Biere in tadellos gut funktionierenden Bierfaß-Automaten v. 5 u. 10 Litern Inhalt, außerdem Porter u. versch. Flaschenbiere.

Weine und Spirituosen
Groß- und Kleinverkauf
Dan. Schön, Gr. Burgstraße 24. Telephon 825.

Versicherungen usw.

Deecke & Boldemann,
Wahmstraße 18 — Telephon 4, 8904 und 8905. Versicherungen aller Art, als: Feuer-, Aufruhr-, Transport- und See-, Einbruch- usw.

Alfred Altschüler & Co.
Dankwartsgrube 34, Tel. 8405. Spedition nach dem gesamten Ausland, Lagerung, Versicherung Ab 1. Sept.: Beckergrube 69, Tel. 90.

H. C. Koch, Alfstraße 24. Versicherungen aller Art.
Preußische Lotterie-Einnahme.

•• Für alle Vereine ••

Lübecker Fahnen-Fabrik
Otto Rehwoldt, Inh. Fritz Nottbohm, Alfstraße 7, Telephon 1119. Größtes Spezialhaus für Vereine und Hausgesellschaften.

•••• Friseure usw. ••••

Wilhelm Junge, Nebenhofstraße 8
Herren-Rasier- und -Frisier-Salon.

Ernst Frahm, Königstraße 33. Friseur u. Toiletten-Art.

Rich. Ahrens, Friseur, Beckergrube 31.

R. Grote, Friseur, Große Burgstraße 15. **Massagei.** d. Gr. Burgstraße. Konkurrenzfrei!

Otto Steinhagen, Damenfriseur, Beckergrube 7.

Herrengarderobe.

Gebr. Hirschfeld, Breite Str. 39/41 Telephon 106, Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

Louis Duve Nachf., Große Burgstraße 32
Herrengarderobe, Maßanfertigung. Bill. Preise.

J. Fradl, Breite Straße 97. Handschuhe, Krawatten, Herrenartikel.

J. H. Pein, Markt 12. Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten, Bettfed., Herr.- u. Knab.-Gard., Arb.- u. Berufskleid.

W. Heise, Königstr. 28 gegenüb. dem Katharineum
Anfertigung fein. Herren- und Damen-Garderoben. Gut sortiert. Stofflager. Bill. Preise. Tel. 3576

Meta Schmidt Lange Reihe 21 a. Stets Neuh. in Damenhüten :: Aufarbeitung getragener Hüte.

Franz Müller, Inhaber: Ad. Finck Marlesgrube 31/33. Elegante Herrenmoden nach Maß. Streng solide Preise.

Manufaktur usw.

Betten-Duve, Große Burgstraße 32
Aussteuergeschäft, liefert billigst und tadellos.

Herm. Libnau, Schwartauer Allee 53/55
Gr. Auswahl, gute Waren, bill. Preise, reelle Bed.

Heinr. Beuck, Brockesstraße 25, Ecke Warendorpstr. Preiswerte Bezugsquelle für Manufakturwaren.

•••• Allgemeines. ••••

MARTENS & LAMPE
Weingroßhandlung
Fischergrube 78

Heinrich Boye,
Kohlen-, Torf-, Brennholzhandlung empfiehlt alle Sorten Brennmaterialien.
Lindenstraße 17a. Telephon 913.

Friedr. Ihrke, Geibelplatz 2, Fernsprecher 8289.
Prima Preßtorf und Brennholz aus erster Quelle.
Eigene Torf- und Sägewerke.

Franz Genzmer, Fackenb. Allee 10b Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte.

Aug. Clusmann vorm. Frankenthal & Co., Breite Str. 45
Emaille, Küchengeräte, Glas, Porzellan.

Herm. Glasau, Moisling. Allee 4a Klemp. Küch.- u. Bel.-Art.

Gebr. Steder, Glas, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte.